

TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration	(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration	(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration	(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration	(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration	(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration	(1) Bundesministerium für Teilhabe und Migration
<p>Zurzeit liegt die grundsätzliche Kompetenz im Bereich der Migration und Teilhabe in der Hand des Bundesinnenministeriums. Dies führt dazu, dass das Thema mit ordnungs- und sicherheitspolitischen Aspekten besetzt wird. Teilhabe und Einwanderung sind jedoch Querschnittsthemen, die unter einem neu zu schaffenden Ministerium mit Mitzeichnungsbefugnis ausgestattet werden sollte. Diesem Ministerium sollte auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugeordnet werden.</p>	<p>Die Aufgaben im Bereich Integration, Teilhabe und Migration sind Querschnittsaufgaben, die in jedem Ministerium Aufmerksamkeit und umsichtiges Handeln erfordern. Die Ansiedlung der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt zeigt, dass dieser Bereich eine hohe Priorität genießt. Die juristischen Fragen obliegen dem Bundesinnenministerium und sind eng mit den Themen der inneren Sicherheit verknüpft. Wir sehen aktuell keine Veranlassung, diese bewährten Strukturen zu verändern. Die Priorität des Themas Integration wird dadurch jedoch nicht geschmälert.</p>	<p>Eine Auslagerung des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechtes aus dem Ressort des Bundesministeriums des Innern in ein anderes Ministerium ist bislang nicht ausdrücklich vorgesehen. Integration betrifft indes nicht nur das Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht. Die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Integrationspolitische Aspekte, also solche, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, müssen in allen Politikbereichen – also auch in allen Ministerien und Ausschüssen – mit berücksichtigt werden. Im Regierungsprogramm heißt es hierzu: „Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten“</p>	<p>Wichtig ist aus unserer Sicht weniger die Frage, welches Ministerium federführend ist bei den Themen Einwanderung und Integration. Denn diese Themen sind Querschnittsthemen, die alle Bereiche betreffen. Daher kommt es generell auf ein gutes Zusammenspiel aller Ressorts an. Die Suche nach den besten Lösungen darf dabei nicht von den Ressortinteressen überlagert werden: vielmehr ist es wichtig, dass auch die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigt werden. Der Dialog zwischen Verwaltung sowie Verbänden und Betroffenen vor Ort ist daher unerlässlich.</p>	<p>Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderung und Integration werden die Zukunft unseres Landes wesentlich bestimmen. Daher gehört die Gestaltung von Einwanderung zu den zentralen politischen Fragen der nächsten Jahre. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen den Bedarf, die Zuständigkeit für Integrations- und Einwanderungspolitik innerhalb der Bundesregierung neu zu strukturieren. Denn zurzeit wird eine nachhaltige Integrationspolitik blockiert. Das liegt zum einen daran, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung kaum Gestaltungsmöglichkeiten besitzt. Zum anderen steht das überkommene Verständnis des Bundesministeriums des Innern, welches das Ausländerrecht primär als Ordnungsrecht und Ausländer als Sicherheitsproblem begriffen hat bzw. begriff, einer nachhaltigen Integrationspolitik im Weg. Ein Ressortwechsel könnte also auch zu einem Perspektivenwechsel Richtung Teilhabe(-möglichkeiten) und Chancengleichheit führen.</p> <p>In einigen Bundesländern gibt es bereits Integrationsministerien. Die Erfahrungen aus den</p>	<p>Es stimmt: Das Bundesministerium des Inneren verkörpert eine Politik des Misstrauens gegenüber Migrantinnen und Migranten, und zwar unabhängig von der parteipolitischen Führung, wie die Zeit unter Otto Schily (SPD) eindrucksvoll zeigt. Die Dominanz von Ordnungs- und Sicherheitsfragen (Terrorabwehr usw.) steht einem offenen, pluralistischen und unbefangenen Umgang mit Einwanderungsprozessen im Wege. Diese Abwehrmentalität und der Drang zu restriktiven Gesetzes- und Politikansätzen sind vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium wohl auch zur Gewohnheit geworden. Das tut der Migrations- und Integrationspolitik nicht gut, ein Wechsel der ministeriellen Zuständigkeit für diese Fragen ist deshalb auch nach unserer Ansicht dringend erforderlich.</p> <p>Eine stärkere Teilhabe von Migrantinnen und Migranten kann vor allem durch eine bessere Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik erreicht werden. Bildungsthemen fallen bekanntlich in Länderzuständigkeit, deshalb könnte die Federführung für die Themen Migration und Integration und die Aufsicht über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) übertragen werden. Hiermit</p>	<p>Wir fordern in unserem Wahlprogramm die Schaffung eines eigenen Bundesministeriums für Integrationsangelegenheiten, um die derzeit fragmentierten integrationspolitischen Aufgaben zu bündeln. Hierbei sollen die Verantwortungsbereiche unter den Ministerien des Innern, Arbeit und Soziales und Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu einem Bereich zusammengeführt werden.</p> <p>Generell denken wir, dass Migration viel stärker unter dem Aspekt der Teilhabe und nicht vornehmlich unter sicherheitspolitischen Aspekten betrachtet werden müssen.</p>

				<p>Ländern zeigen, dass ein Integrationsministerium dann sinnvoll ist, wenn es auch die Federführung für die Kernbereiche innehat, wie dem Aufenthaltsrecht und dem Staatsangehörigkeitsrecht. So hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz diese Zuständigkeit dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen übertragen. Da Integrationspolitik ein Querschnittsthema ist, das in allen Lebens- und Politikbereichen eine Rolle spielt, reicht es nicht aus, dass ein Ministerium diesen Bereich im Blick hat. Vielmehr sind alle Ministerien gefragt, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. die Anforderungen an eine nachhaltige Integration zu berücksichtigen.</p>	<p>wären zugleich die Erwartung und der Auftrag verbunden, dass in diesem Ministerium eine mehr unterstützende Grundeinstellung im Umgang mit Migrantinnen und Migranten zum Tragen kommt als im auf Abwehr und Restriktionen setzenden Innenministerium. Innerhalb des BMAS müssten Fachabteilungen mit entsprechend interkulturell qualifiziertem Personal aufgebaut werden, in deren Zuständigkeit dann eine grundlegende Umgestaltung und Öffnung des Asyl-, Einbürgerungs- und Aufenthaltsrechts erfolgen müsste.</p> <p>Eine letztlich abgeschlossene Positionierung zu diesen institutionellen Fragen gibt es in der Fraktion DIE LINKE, allerdings noch nicht, dies muss von den Abgeordneten der nächsten Fraktion entschieden werden.</p>	
TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(2) Kampf gegen Rassismus	(2) Kampf gegen Rassismus	(2) Kampf gegen Rassismus	(2) Kampf gegen Rassismus	(2) Kampf gegen Rassismus	(2) Kampf gegen Rassismus	(2) Kampf gegen Rassismus
<p>Die Mordserie und die Anschläge der rechtsextremen Terrorgruppe haben Deutschland erschüttert. Unfassbar ist, dass die untergetauchte Gruppe mit Unterstützung eines breiten Netzwerks mehr als ein Jahrzehnt unbehelligt Gewalttaten begehen konnte. Und dies trotz Beobachtung der Neonazi-Szene durch Verfassungsschutz und andere staatliche Organe.</p> <p>Die Morde der „Zwickauer Terrorgruppe“ sind keine singulären Ereignisse. Nach</p>	<p>CDU und CSU haben frühzeitig nach Bekanntwerden der Verantwortung der Mordserie durch die NSU einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, in dem wir insbesondere fordern, die länderübergreifende Zusammenarbeit der zuständigen Sicherheitsbehörden zu verbessern, eine Neuregelung der Mindestspeicherfristen vorzunehmen und das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum auf alle Arten des Terrorismus auszuweiten. So wird der</p>	<p>Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“ begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechischstämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei,</p>	<p>Weil feststeht, dass in der Vergangenheit nicht alle Taten in der „Statistik für politisch motivierte Straftaten rechts“ aufgenommen wurden, ist es für uns selbstverständlich, dass das Verfahren zur Erstellung der Statistik überarbeitet werden muss.</p> <p>Die auf Bundesebene zuständigen Stellen haben sich der Sache angenommen und die Überprüfung aller ungeklärten Morde und Anschläge, die von Rechtsextremisten begangen worden sein</p>	<p>Auch wir betrachten Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliches Problem. Einstellungen wie Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, sind in Deutschland nicht nur am „rechten Rand“, sondern auch in der „Mitte der Gesellschaft“ tief verankert. Die NPD und andere</p>	<p>DIE LINKE unterstützt alle aufgeführten Forderungen und teilt die dahinter stehenden Einschätzungen zu Rassismus und Rechtsextremismus. Zu den meisten aufgeführten Punkten hat DIE LINKE in der laufenden Wahlperiode Anträge in den Bundestag eingebracht. Das hinter den NSU-Taten stehende gesellschaftliche Problem heißt Rassismus und es betrifft nicht nur den rechten Rand. Eine Folge des Schreckens über die NSU-Taten muss deshalb eine breite Debatte zum Thema Rassismus sein. Sei es in</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass gegen Diskriminierungen aktiv vorgegangen wird. Noch immer werden viele Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder anderer äußerer Merkmale im alltäglichen Leben (z. B. bei der Vergabe von Wohnraum, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen) benachteiligt. Gegen Diskriminierungen dieser Art sind gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Statt einseitig bei Verhalten und Befähigungen der Benachteiligten anzusetzen, müssen diskriminierende Strukturen aufgedeckt,</p>

<p>Recherchen des Tagesspiegels wurden seit 1990 in Deutschland mindestens 148 Menschen Opfer rechter Gewalt. Viele der Taten tauchen in den offiziellen Statistiken nicht auf.</p> <p>Eine umfassende strafrechtliche Aufklärung aller rassistischen Morde und Anschläge ist erforderlich. Es müssen auch die Personen in den Blick genommen werden, die eine Aufdeckung behindert haben. Aufgeklärt werden müssen die mittel- und unmittelbaren Verbindungen zu staatlichen Organen sowie die Verantwortung für die Ermittlungsspannen. Daneben ist eine politische Aufarbeitung der Vorgänge und Strukturen notwendig, die zum Versagen staatlicher Organe beim Schutz vor rechtsextremen Gewalttaten geführt haben.</p> <p>Jahrelang haben die Ermittlungsbehörden rassistische Mordmotive ausgeschlossen. Die einseitigen Ermittlungen in Richtung „Ausländerkriminalität“ haben gedanklich die Opfer zu Mittätern gemacht und die Familien der Opfer auf unerträgliche Weise zusätzlich belastet. Unübersehbar liegt dieser nun eingestandene (Ermittlungs-)Fehler in latent rassistischen Strukturen der Ermittlungsbehörden.</p> <p>Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und ihre Angehörigen bleiben häufig mit den psychischen und finanziellen Folgen allein. Teilweise sind sie</p>	<p>Kampf gegen jeglicher Art von Terrorismus in Deutschland nachhaltig bekämpft und die Aufklärung der NSU-Hintergründe und der rechten Szene insgesamt vorangebracht.</p> <p>Rechtsextremismus entsteht insbesondere dort, wo das Wissen über andere Glaubensrichtungen und Kulturen gering ist. Darum ist es gut, wenn Kinder und Jugendliche bereits früh mit den unterschiedlichen Kulturen und Religionen vertraut gemacht werden. CDU und CSU stehen für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht in den Schulen, der auch Islamunterricht in deutscher Sprache mit einschließt. Das Nebeneinander der Religionskunde sowie das Wissen übereinander senkt Angst und Unsicherheit.</p> <p>Integration gelingt besonders dort, wo die zugewanderte und die einheimische Bevölkerung offen aufeinander zugehen. Daher ist es hilfreich, den anderen Gemeinden gegenüber Offenheit zu zeigen und beispielsweise zu muslimische Fastenbrechen oder St-Martins-Umzügen oder Pfarrfesten gegenseitig einzuladen.</p>	<p>Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.</p> <p>Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wiederherstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, durch institutionelle Reformen und dadurch, dass wir jede Form von Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Folgerungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.</p> <p>Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, der Polizei und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen, ohne in bestehende Länderkompetenzen</p>	<p>könnten, eingeleitet. Dies ist ein erster richtiger Schritt.</p> <p>Wir konnten weder im Untersuchungsausschuss des Bundestages zu den NSU-Morden noch im Rahmen weiterer Untersuchungen feststellen, dass die nahezu einseitigen Ermittlungen auf latent rassistische Strukturen zurückzuführen sind. Wenn Sie für Ihre Feststellung Nachweise haben, sind wir für eine Übermittlung selbiger sehr dankbar. In den Behörden wurden fraglos viele Fehler begangen, denen vielfach individuelle und strukturelle Defizite zu Grunde liegen. Mit einer ganzen Reihe dieser Fehler beschäftigen sich der Abschlussbericht und unser kritisches Sondervotum im Untersuchungsausschuss, welche in den nächsten Wochen veröffentlicht werden.</p> <p>Die Koalition von Union und FDP hat die Mittel im Etat des Familienministeriums für den Kampf gegen Rechtsextremismus aufgestockt. Im Haushalt 2014 sollen dafür 30,5 Mio. Euro bereitgestellt werden, nachdem die Mittel bereits 2012 erhöht wurden. Durch die Erhöhung entsteht auch Spielraum, neben der bereits beschlossenen Unterstützung des Aussteigerprogramms „Exit“ weitere Neonazi-Aussteigerprogramme zu fördern. Durch die befristete Finanzierung durch das Bundesarbeitsministerium bestand die Gefahr, dass diese Projekte nicht weiter finanziert würden. Die</p>	<p>rechtsextreme Parteien und Gruppierungen nutzen das gezielt aus. Die Verbreitung solcher Einstellungen begünstigt rechte Gewalt und rechtsterroristische Gruppen wie den NSU. Es gibt in Deutschland „Angsträume“, in denen Menschen, die nicht in das menschenfeindliche Raster der Nazis passen, Einschüchterung und Bedrohung erfahren. Die NSU-Untersuchungsausschüsse haben ein massives Versagen der Sicherheitsbehörden (Polizei, Geheimdienste, Staatsanwaltschaften) beim Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus zutage gefördert.</p> <p>Rechtsextremismus müssen wir mit einem umfassenden Lösungsansatz begegnen, der an den Ursachen ansetzt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus gehört zu unseren zentralen Anliegen. Das haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich gemacht, als sie in einem Mitgliederentscheid die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einem von neun grünen Schlüsselprojekten gewählt haben, die bei einer Regierungsbeteiligung prioritär umgesetzt werden.</p> <p>Zum Kampf gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört auch eine entschiedene Umsetzung der Vorgaben der internationalen und europäischen Konventionen</p>	<p>seiner institutionellen Form, im Rahmen staatlichen Handelns, sei es als Einstellungsmuster in weiten Teilen der Gesellschaft. DIE LINKE hat den von der Bundesregierung vorgelegten Aktionsplan gegen Rassismus scharf kritisiert, da das Thema Rassismus hier gerade als Problem des rechten Randes verharmlost wird und in ihm keine Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus als gesellschaftliches Problem zu erkennen ist. Der Ausbau und die langfristige finanzielle Absicherung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und insbesondere auch der Opferberatung werden von uns seit langem gefordert und im Zusammenhang mit unseren regelmäßigen Anfragen zu Opfern rechter Gewalt immer wieder thematisiert. Schließlich wird DIE LINKE das Thema „institutioneller Rassismus“ zu einem Schwerpunkt der Konsequenzen aus dem NSU-Skandal machen. Zentral sind für uns hier die Einrichtung von Beschwerdestellen zu diskriminierender und/oder rassistischer Polizeiarbeit und ein verbesserter Umgang mit den Opfern rassistischer Gewalt. DIE LINKE wird im Rahmen des NSU-Abschlussberichts hierzu konkrete Vorschläge machen.</p>	<p>reflektiert und wirksam bekämpft werden.</p> <p>Die Förderung von Toleranz und der Kampf gegen Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zur Unterstützung der beteiligten Gruppen sind ausreichende finanzielle Mittel bereit zu stellen. Den Versuch, Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Rechtsextremismus mit verschiedenen Formen politischen Protests gleichzusetzen, lehnen wir ab.</p> <p>Rassismus und Ausländerfeindlichkeit jeder Form muss entschieden entgegengetreten werden, ebenso wie anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Biologistische Weltbilder, in denen Menschen bestimmter Abstammung anderen als von Natur aus überlegen angesehen werden, sind wissenschaftlich widerlegt und unvereinbar mit den Werten und Zielen der Piratenpartei, ebenso wie jene Ideologien, die ganzen Bevölkerungsgruppen kollektive Hegemoniebestrebungen unterstellen, um die angebliche Notwendigkeit eines "Kampf der Kulturen" zu propagieren. Beispiele für derartige Ideologien sind Antisemitismus und Islamhass. Dabei gilt es das Augenmerk nicht nur auf den rechten Rand der Gesellschaft zu legen, sondern Vorurteilen und Intoleranz auch in der Mitte der Gesellschaft beim Alltagsrassismus, latent antisemitischen Stereotypen</p>
--	---	--	---	--	---	--

<p>gezwungen ihre Beschäftigung, ihren Lebensmittelpunkt und ihre Freunde aufzugeben. Solidarität mit den Opfern und Angehörigen erfordert daher individuelle Unterstützung sowie den Auf- bzw. Ausbau von Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt und eine Ausweitung der Programme zur Opferentschädigung.</p> <p>Die Auseinandersetzung mit den Morden und Anschlägen und deren Aufklärung darf nicht reduziert werden auf die Bekämpfung von Gewalttaten und Naziterror durch repressive Maßnahmen oder eine stärkere Beobachtung der Neonazi-Szene. Auch die dahinter stehenden neonazistischen und rechtsextremen Grundüberzeugungen müssen bekämpft werden. Seit Jahren verbreitet die NPD ihre rassistische und teils auch nationalsozialistische Ideologie. Nicht zu akzeptieren ist, dass rassistische Propaganda auch noch von denjenigen bezahlt werden muss, die Ziel der Angriffe sind.</p> <p>Erforderlich ist eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung. Die Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für Partizipation sind vielfältig: Sie reichen von individueller und struktureller Diskriminierung in Bildung,</p>		<p>eingzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von rechts drohen.</p> <p>Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanzieren wird.</p> <p>Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanz der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismus-klausel“ wird abgeschafft. Auf</p>	<p>Initiativen können sich jetzt beim Familienministerium bewerben und haben gute Chancen auf weitere Förderung.</p>	<p>und Gremien gegen Rassismus und eine starke Antidiskriminierungspolitik und die konsequente Verfolgung vorurteilsmotivierter Straftaten.</p> <p>Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotverfahren des Bundesrates gegen die NPD. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Partei, die in vielen Regionen eng mit gewaltbereiten Gruppierungen wie Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten zusammenarbeitet.</p> <p>Weitere politische Gruppen und Internetportale betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen, Transphobie, Homophobie oder der Diffamierung alternativer Jugendkulturen. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken. Rassismus und andere Formen von</p>		<p>und der um sich greifenden Islamfeindlichkeit entgegenzutreten.</p> <p>Die Piratenpartei möchte Kampagnen und Initiativen unterstützen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu verbessern, Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern. Ebenso solche, die rechtsextremen Aktivitäten entgegenzutreten und Menschen dabei helfen wollen, sich aus einschlägigen Kreisen zu lösen.</p>
--	--	---	--	--	--	--

<p>Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche bis hin zu Verdächtigungen und Vorverurteilungen.</p> <p>Wer Rassismus und Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen will, darf in seinen Aktivitäten und Maßnahmen nicht an den sichtbaren Ereignissen stehen bleiben. In den Blick gerückt werden müssen rassistische und rechtsextreme Ideologien. Eine nachhaltige Überwindung von Rassismus und Rechtsextremismus erfordert eine Mainstreaming-Strategie, die in allen gesellschaftlichen und politischen Handlungsfeldern verankert werden muss. Einbezogen werden müssen dabei auch die Empfehlungen internationaler Organe zum Menschenrechtsschutz. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit dem strukturellen und institutionellen Rassismus.</p> <p>Die neue Bundesregierung ist aufgefordert, den Vorgaben des CERD-Ausschusses der Vereinten Nationen umzusetzen.</p> <p>Die politischen Parteien und staatlichen Einrichtungen müssen einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischen Diskriminierungen gemeinsam mit demokratischen Organisationen entwickeln. Dabei einbezogen werden muss auch die Politik gegenüber Zugewanderten, die diese immer noch von grundlegenden</p>		<p>Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.</p>		<p>gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz.</p> <p>Dafür setzen wir uns ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine starke und dauerhafte Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen rechts: Wir wollen ein Bundesprogramm von mindestens 50 Mio. Euro für zivilgesellschaftliche Initiativen, Mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und spezifische Opferberatungsstellen und deren dauerhafte Förderung. Zugangshürden, wie zu hohe Kofinanzierung, müssen abgebaut werden. Es braucht mehr zivilgesellschaftliche Aussteigerprogramme und die „Extremismusklausel“ gehört sofort abgeschafft. • Zäsur und Neustart bei den Geheimdiensten: Unser umfassendes Reformkonzept sieht Zäsur und Neustart bei den Nachrichtendiensten vor: Das bisherige Bundesamt für Verfassungsschutz wird aufgelöst. Ein unabhängiges Institut soll demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen mit wissenschaftlichen Mitteln analysieren. Der Verfassungsschutz soll raus aus der Bildungs- und Präventionsarbeit! Eine neue „Inlandsaufklärung“ mit neuem, verkleinertem Personalstab und starker externer Kontrolle soll 		
---	--	--	--	---	--	--

<p>Partizipationsrechten ausschließt. Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der Rassismus und Rechtsextremismus geächtet werden.</p>				<p>künftig mit gesetzlich klar eingeschränkten Geheimdienstbefugnissen nur noch im Bereich der gewaltbezogenen Bestrebungen gegen die Grund- und Menschenrechte und die Grundwerte der Verfassung tätig sein. V-Leute wollen wir abschaffen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Institutionell verankerten Rassismus mit allen Mitteln bekämpfen Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts schärfen und dazu das Wissen der zivilgesellschaftlichen Initiativen besser würdigen und einbeziehen. Wir wollen eine neue Polizeikultur fördern: Dialogorientierung, Selbstreflexion und der Umgang mit gruppenbezogenen Vorurteilen müssen gestärkt werden. • Eine Integrationspolitik, die die Vielfalt von Lebensrealitäten in Deutschland schätzt, statt mit hoch erhobenem Zeigefinger zur Einordnung aufzufordern. Mit dem Zuwanderungsgesetz haben wir bereits 2002 einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Jetzt wollen wir unsere Integrationspolitik weiterentwickeln: Dafür wollen wir den Erwerb der Staatsbürgerschaft grundsätzlich erleichtern, Mehrstaatigkeit akzeptieren und den Optionszwang abschaffen. 		
---	--	--	--	---	--	--

TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(3) EU-Beitritt der Türkei	(3) EU-Beitritt der Türkei	(3) EU-Beitritt der Türkei	(3) EU-Beitritt der Türkei	(3) EU-Beitritt der Türkei	(3) EU-Beitritt der Türkei	(3) EU-Beitritt der Türkei
<p>Die Deutschlandtürken treten entschieden für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ein. Die Kopenhagener Kriterien, deren Erfüllung zur Voraussetzung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen zur Bedingung gemacht wurde, sind durch die Verabschiedung zahlreicher Verfassungsänderungen und mit einem umfangreichen Reformpaket des Parlaments der Türkei erfüllt worden. Bis jetzt wurde von den geöffneten und mit Erfolg verhandelten 15 Kapiteln nur ein Kapitel geschlossen. In diesem Jahr soll ein weiteres Kapitel eröffnet werden. Bei allen anderen Kandidatenländern wurde immer ein Beitrittsdatum genannt. Die Türkische Gemeinde in Deutschland erwartet eine eindeutige Beitrittsperspektive und einen Beitrittstermin.</p> <p>Die EU Mitgliedschaft der Türkei wird auch den Teilhabeprozess der Deutschlandtürken beschleunigen und ihre Identifikation mit ihrer neuen Heimat Deutschland stärken. Bereits heute verstehen sich die Eurotürken als eine menschliche Brücke zwischen ihrem Herkunftsland Türkei und dem neuen Heimatland in der EU.</p>	<p>Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa ebenso wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern. Wir möchten daher die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen. Eine enge und besondere Zusammenarbeit dient sowohl den Menschen in Europa als auch in der Türkei. CDU und CSU wollen daher eine möglichst starke Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.</p> <p>Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen EU Beitritt nicht erfüllt. Für den Beitritt zur Europäischen Union ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ebenso wichtig wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer. Zu den politischen Kriterien gehören die Meinungsfreiheit, die Gleichstellung von Frau und Mann, der Minderheitenschutz und die Religionsfreiheit. So werden Christen in der Türkei diskriminiert, die Ausbildung von Priestern ist verboten und die Kirchen verfügen über keinen eigenen Rechtsstatus.</p>	<p>Die SPD tritt dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Ein Stopp der Beitrittsverhandlungen liegt weder im Interesse der Türkei noch Europas. Die Menschen in der Türkei brauchen die EU-Perspektive. Im gesamten Prozess kommt deshalb den in Deutschland lebenden türkischstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine wichtige Rolle und Funktion zu.</p> <p>So bedeutsam eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitrittswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.</p>	<p>In der Vergangenheit hat die EU tatsächlich den Fehler begangen, Beitrittskandidaten ein festes Datum für ihren Beitritt zur EU zu nennen, noch bevor die Verhandlungen mit ihnen überhaupt abgeschlossen waren und bevor sichergestellt war, ob die Kandidaten alle Kriterien erfüllen würden.</p> <p>Dies hat leider dazu geführt, dass solche Kandidaten nach Nennung des Beitrittsdatums in ihren Bemühungen zur Erfüllung der Kriterien nachließen und führte in einigen Fällen zu größeren Problemen bei der späteren Umsetzung des EU Acquis, mit denen die EU zu ihrem Leidwesen noch heute beschäftigt ist.</p> <p>Auch in anderen Bereichen von Verhandlungen geben die Partner ihr „Verhandlungspfund“ erst aus der Hand, wenn sie sich über die Verpflichtungen beider Seiten geeinigt haben.</p> <p>Daher ist die EU zu der nach den Verträgen einzig sinnvollen Reihenfolge zurückgekehrt, wonach zuerst die Vertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen sein müssen, und danach das Beitrittsdatum genannt wird.</p> <p>Dies hat die EU nicht nur im Falle der Türkei praktiziert, sondern auch bereits bei früheren Beitritten zB auch schon bei Island und Kroatien.</p>	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dezidiert für einen EU-Beitritt der Türkei aus, sobald die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verhandlungen zügig und fair vorangetrieben werden. Wann die Türkei genau beitreten kann, hängt allerdings von Entwicklungen in der Türkei selbst und in den Mitgliedsstaaten der EU ab, die wir nicht seriös berechnen können.</p> <p>Aus unserer Sicht ist der Weg der Türkei in die EU ein wichtiger Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region. In den letzten Jahren sind die Beitrittsverhandlungen jedoch bedauerlicher Weise fast zum Stillstand gekommen. Die schwarze Bundesregierung ist hierfür mit verantwortlich, da sie es zulässt, dass die Türkei zum Spielball nationaler Interessen einzelner Mitgliedstaaten wird. Durch ihre Passivität signalisiert sie, der EU-Beitritt der Türkei sei nicht erwünscht auch wenn alle Voraussetzungen erfüllt werden. So bekommt die Türkei keine faire Chance, nach erfolgreichen Verhandlungen auch Mitglied der Europäischen Union werden zu können und bereits erzielte und dringend notwendige Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind gefährdet.</p>	<p>DIE LINKE steht für eine solidarische EU-Erweiterung. Dies schließt auch die Türkei mit ein. Für uns sind eine demokratische Regierungsform, die Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte für jedermann im Alltag, die Achtung und der Schutz von Minderheiten, Religionsfreiheit für alle und Rechtsstaatlichkeit wichtige Bedingungen für Verhandlungen mit Ländern, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben. Wir haben uns deshalb auch immer dafür eingesetzt, dass die Verhandlungen mit der Türkei ernsthaft geführt werden. Wir sind allerdings nach der blutigen Niederschlagung der Gezi-Park-Proteste, wie u.a. der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Kenan Kolat, der Auffassung, dass angesichts der innenpolitischen Situation in der Türkei bei Fortsetzung der Gespräche und Beitrittsverhandlungen gegenwärtig kein weiteres EU-Beitrittskapitel eröffnet werden soll. Sollte sich in punkto Demonstrations-, Meinungs-, und Versammlungsfreiheit substantiell auch kurzfristig etwas ändern, sind wir dafür, weitere Beitrittskapitel zu öffnen.</p> <p>Unser Ziel ist es mit konkreten Verbesserungen mehr Brücken zwischen den Menschen zu bauen. Auch</p>	<p>Die Piratenpartei hat noch keine abgestimmte Position zum EU-Beitritt der Türkei. Allerdings verstehen sich die Piraten als Teil einer transnationalen Bewegung, für die Staatsgrenzen keine Bedeutung haben. Die Piratenpartei will die europäische Idee weiterentwickeln und macht keinen Unterschied zwischen Menschen aufgrund ihrer Herkunft und Religion. Der Vorsitzende der Piratenpartei, Bernd Schlömer, sagte außerdem in einem Interview mit sabah.de, dass die Mehrheit der Mitglieder der Piratenpartei für einen EU-Beitritt der Türkei ist.</p>

	<p>Bei der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen 2005 hatte die Türkei zugesichert, bis 2007 das Abkommen zur Zollunion zwischen der EU und der Türkei auch auf Zypern anzuwenden. Die Türkei hat nicht Wort gehalten, die EU-Beitrittsverhandlungen sind festgefahren.</p> <p>Die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 Mitgliedstaaten war für alle alten und neuen Mitgliedsländer eine große Kraftanstrengung. Daher ist nun eine Konsolidierungsphase notwendig. Eine Vollmitgliedschaft eines so großen und vielschichtigen Landes wie der Türkei würde Europa auf absehbare Zeit überfordern.</p>				<p>deshalb setzen wir uns konsequent und nachhaltig seit Jahren für eine Umsetzung des EU-Assoziationsabkommens mit der Türkei ein. Das heißt, dass endlich der Visazwang für Türkinnen und Türken abgeschafft werden muss. Zudem ist uns wichtig, dass der von CDU-SPD-Regierung eingeführte Sprachnachweis bei Familienzusammenführung künftig entfällt. Er zerstört Familien und fördert eine unsoziale Segregationspolitik. Wir brauchen diese konkreten Verbesserungen gerade im Alltag, von denen die Menschen konkret profitieren. Dafür setzen wir uns ein. Dies betrifft auch die Abschaffung der türkenfeindlichen Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft.</p>	
TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen	(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen	(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen	(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen	(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen	(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen	(4) Staatsangehörigkeitsrecht / Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger_innen
Das im Jahre 2000 in Kraft getretene Staatsangehörigkeitsgesetz verdient den Namen eines Reformgesetzes nicht. Die Einbürgerung wurde durch dieses neue Gesetz wesentlich verschärft. Erschwernisse wie Einführung von Tests (Einbürgerungstest), Erhöhung des Sprachniveaus, Verschärfungen bei der Sicherung des Lebensunterhalts haben zur Reduzierung der	<i>Mehrstaatigkeit</i> CDU und CSU werben für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und lehnen die regelmäßige Hinnahme von Mehrstaatlichkeit ab. Uns geht es darum, das Verbindende einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit zu erhalten. Das ist der Fall, wenn man mehrere Staatsangehörigkeiten erwirbt. Die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit ist eine	Das Optionsmodell soll durch eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes abgeschafft werden. Ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern soll künftig neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch dauerhaft die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn es in Deutschland geboren wird und mindestens ein Elternteil seinen langjährigen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat sowie einen	Integration braucht auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft. Als Liberale werben wir für mehr Offenheit und Toleranz. Wir wollen eine Möglichkeit zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Eine beschleunigte Einbürgerung nach 4 Jahren sollte möglich sein, wenn	Mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung es geschafft, dass die Kinder von Einwanderern in der 2. und 3. Generation nicht mehr als Ausländer geboren werden. Dass diese Kinder mit der deutschen Staatsbürgerschaft aufwachsen können, ist eine Jahrhundertreform gewesen. Nichtsdestotrotz sind weitere Verbesserungen im Staatsangehörigkeitsrecht dringend notwendig.	DIE LINKE teilt die Kritik der Türkischen Gemeinde in Deutschland am bestehenden Staatsangehörigkeits- und Wahlrecht. Das dauerhafte Auseinanderfallen von Wohn- und Wahlbevölkerung ist in partizipatorischer Hinsicht inakzeptabel, diese demokratische Lücke muss dringend geschlossen werden. DIE LINKE setzt dabei sowohl auf eine Öffnung des Staatsangehörigkeitsrechts als auch auf ein Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden	Wir setzen uns für die Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein, um die Hürde zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und des damit verbundenen Wahlrechts zu senken. Der Zwang zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit (Optionspflicht) entfällt. Menschen, die seit langem in Deutschland leben, sollen unabhängig von wirtschaftlichen Kriterien die Möglichkeit haben, die

<p>Einbürgerungen geführt. Ein demokratischer Staat kann sich nicht leisten, dass die Kluft zwischen Wohn- und Wahlbevölkerung weiter klafft. Es gibt viele Bezirke, in denen ein nicht zu unterschätzender Anteil der Menschen ohne jede Mitwirkungsmöglichkeit ist. Somit führt diese Situation zu einem Demokratiedefizit und zu Legitimationsproblemen der Politik.</p> <p>Das Staatsangehörigkeitsgesetz ist zu überarbeiten, die Hürden sind, aus dem Weg zu räumen, die Mehrstaatigkeit ist zuzulassen und die sog. Optionspflicht abzuschaffen.</p> <p>Das kommunale Wahlrecht ist für Nicht-Deutsche-Staatsangehörige aus den EU-Ländern eingeführt worden, obwohl das Bundesverfassungsgericht 1989 dieses Recht nur deutschen Staatsangehörigen zugesprochen hatte. Aus diesem Grund könnte das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger_innen eingeführt werden, um die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit mindestens 3jährigem Aufenthalt zu erweitern.</p>	<p>bewusste Entscheidung für unser Land. Die Betroffenen gehen dadurch eine enge Beziehung mit unserem Land ein. Die Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit bedeutet nicht die Aufgabe der Herkunft eines Menschen. Sie bleibt Teil seiner Identität, auch wenn er treuer deutscher Staatsbürger wird, weil er seine Zukunft und die seiner Kinder in Deutschland sieht.</p> <p><i>Optionspflicht</i> In Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht erlangen mit ihrer Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Später müssen sie sich entscheiden, welche der beiden sie behalten wollen. Dieses sogenannte Optionsmodell hat sich bisher bewährt. Die meisten jungen Erwachsenen entscheiden sich für die deutsche Staatsbürgerschaft. Dieses Ja zu unserem Land begrüßen wir ausdrücklich.</p> <p><i>Kommunales Wahlrecht</i> Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab. Wir werben stattdessen bei denen, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind, dass sie die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.</p> <p><i>Einbürgerung</i> Wir werben dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben,</p>	<p>unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt. Das bislang geltende Erfordernis, sich ab Vollendung des 18. Lebensjahrs für eine der beiden Staatsbürgerschaften zu entscheiden, soll entfallen. Auch wer sich einbürgern lässt, soll seine alte Staatsangehörigkeit nicht länger aufgeben müssen. Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ist auch bei der Einbürgerung generell zu akzeptieren.</p> <p>Daneben sollten weitere Einbürgerungserleichterungen eingeführt werden. Das gilt insbesondere für eine Absenkung der Voraufenthaltszeiten, Verbesserungen für Personen, die besondere Integrationsleistungen erbracht haben, für Lebenspartner Eingebürgerter und für die Anrechnung von Duldungszeiten. Detaillierte Vorschläge hat die Bundestagsfraktion in einem Gesetzentwurf auf Bundestags-Drucksache 17/773 gemacht.</p> <p>Zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das kommunale Wahlrecht nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Auch das</p>	<p>besondere Integrationsleistungen erbracht werden.</p> <p>Partizipationsmöglichkeiten erleichtern die Integration: daher setzen wir uns, bei einem rechtmäßigen Mindestaufenthalt von fünf Jahren, für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein.</p>	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in ihrem Wahlprogramm 2013 eine Einbürgerungsoffensive als ein zentrales Schlüsselprojekt vorgenommen. Unsere Eckpunkte dazu sind (vgl. den grünen Gesetzentwurf zum Staatsangehörigkeitsrecht, BT-Drs. 17/3411):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehrstaatigkeit akzeptieren / Optionszwang abschaffen • Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt ausbauen • Einbürgerung für ältere MigrantInnen/RenterInnen erleichtern: Reduzierte Sprachanforderungen, niedrigere Gebühren und Unschädlichkeit des Aufstockens der Rente durch Sozialleistungen • Anspruchseinbürgerung schon nach sechs Jahren (in Sonderfällen auch früher) • Aufenthaltszeiten von Studierenden und Geduldeten anrechnen • Einbürgerungstests abschaffen <p>Das „Wir“ in Deutschland wird immer vielfältiger. Zu einer offenen Gesellschaft der Vielfalt gehört eine Politik der Mehrstaatigkeit. Seit Jahren erfolgt die Hälfte aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Das hat bisher keinerlei Probleme verursacht. Eine nachhaltige Politik sollte alles daran setzen, dass Einwanderinnen und Einwanderer Deutsche</p>	<p>Ausländerinnen und Ausländer auf allen Ebenen.</p> <p>Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vermittelt gleiche Rechte und soll nach unserer Auffassung nicht vom sozialen Status der Betroffenen abhängen, weder vom Geldbeutel, noch von überhöhten Sprachnachweisen. Wie in vielen anderen europäischen Ländern soll nach unserer Auffassung eine Einbürgerung im Grundsatz bereits nach fünfjährigem Aufenthalt zu geringen Gebühren möglich sein. Einen abschreckenden und diskriminierenden Test der Gesinnung oder des Staatsbürgerkundewissens von Migrantinnen und Migranten lehnen wir ab. Auch alle in Deutschland geborenen Kinder dauerhaft hier lebender ausländischer Staatsangehöriger sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.</p> <p>Die LINKE vertritt beim Thema Einbürgerungserleichterungen die weitreichendsten Forderungen aller im Bundestag vertretenen Parteien. Eine deutliche Erhöhung der Einbürgerungszahlen ist angesichts der im internationalen Vergleich seit Jahrzehnten unterdurchschnittlichen Einbürgerungsquote in Deutschland aus unserer Sicht dringend erforderlich. Auch zu rot-grünen Regierungszeiten gab es zu wenige Einbürgerungen, weil die Reform des Jahres 1999 nicht nur Erleichterungen, sondern auch Verschärfungen des</p>	<p>deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Dies ist Teil des Integrationsprozesses, nicht dessen Ziel. Wir setzen uns für ein bedingungsloses Recht aller in Deutschland geborener Menschen, egal welcher Abstammung, auf die deutsche Staatsangehörigkeit ein.</p> <p>Wir setzen uns für das gleiche kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger wie für EU-Bürger ein, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Auch die Beteiligung an weiteren politischen Prozessen, zum Beispiel Volksbegehren, -initiativen und -entscheiden, sowie das Einbringen und Unterzeichnen von Petitionen, soll unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein.</p>
--	--	---	---	--	---	---

	<p>arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen, wenn diese Entscheidung Ausdruck eines Verbundenheits- und Zugehörigkeitsgefühls gegenüber dem deutschen Staat ist. Nur wer dazu gehört, wird sich der Gesellschaft gegenüber verpflichtet fühlen. Dazu wollen wir die Behörden verpflichten, Zuwanderer, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, regelmäßig über die Möglichkeit der Einbürgerung zu informieren.</p> <p>Klare Voraussetzungen für die Einbürgerung sind ausreichende Sprach- und Landeskennnisse. Hierzu haben CDU und CSU Sprach- und Einbürgerungstests eingeführt. Die Tests werden durch Kurse begleitet und sind ein großer Erfolg: Fast alle Kandidaten bestehen den Test und zeigen damit, dass sie Kenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung und über Werte und Traditionen in Deutschland haben.</p>	<p>kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -bürger konnte nur durch eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes eingeführt werden.</p>		<p>werden wollen - und dies auch bleiben können. Deshalb setzen wir uns auch für ein Ende des sog. Optionszwangs ein (BT-Drs. 17/542). Junge Menschen dazu zu zwingen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit abzulegen - sie gar zwangsweise auszubürgern - ist integrationspolitischer Unsinn. Insbesondere junge Deutsche mit türkischen Wurzeln werden durch den Optionszwang ausgegrenzt: Zum einen stammen über 200.000 aller Optionspflichtigen (rund 70%) aus einem türkeistämmigen Elternhaus. Zum anderen werden diese jungen Deutschen gegenüber UnionsbürgerInnen benachteiligt, die seit 2007 von der Optionspflicht befreit sind.</p> <p>Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig in Deutschland leben, unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können oder wollen. Daher setzen wir uns seit langem auch für ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige ein. Wir haben hierzu in der 16. und 17. Wahlperiode Gesetzentwürfe für die notwendige Änderung des Grundgesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht (vgl. BT-Drs. 17/1150). Durch den Vertrag von Maastricht von 1992 haben UnionsbürgerInnen in Deutschland das kommunale Wahlrecht erhalten. Die Einteilung in AusländerInnen 1. und 2.</p>	<p>Einbürgerungsrechts mit sich brachte: etwa erhöhte Gebühren und höhere Sprachanforderungen, aber auch die Verlustregelung bei Rückwerb der vorherigen Staatsangehörigkeit, die insbesondere türkischen Staatsangehörigen die faktische Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit nahm und in Zehntausenden Fällen zum nachträglichen Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit führte. 2007 beschloss die Regierung von SPD und CDU/CSU dann weitere Verschärfungen, die zu einem Tiefststand bei den Einbürgerungszahlen führten.</p> <p>Seit langem fordert DIE LINKE auch eine generelle Akzeptanz von Mehrstaatigkeit und die Rücknahme der so genannten Optionspflicht. Der Zwang zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit ist für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen das Haupthindernis bei der Einbürgerung. Unverantwortlich ist es, dass hier als Deutsche geborene und aufgewachsene Kinder infolge der Optionsregel als Erwachsene ihre deutsche Staatsangehörigkeit wieder verlieren können, womöglich nur aufgrund einer Unkenntnis der Rechtslage oder wegen bloßer Fristversäumnisse in einem komplizierten Verfahren. Mehrstaatigkeit ist in der Einbürgerungspraxis seit Jahren längst der Regelfall – und nicht die Ausnahme, wie im Gesetz noch vorgesehen. Allerdings ist die Akzeptanz der Mehrstaatigkeit höchst</p>	
--	--	---	--	--	---	--

				<p>Klasse lehnen wir ab. In vielen europäischen Ländern ist das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige längst eine Selbstverständlichkeit.</p>	<p>ungleich verteilt und stellt insbesondere für die große Gruppe der türkischen Staatsangehörigen eine faktische Diskriminierung dar: Während diese im Jahr 2011 bei Einbürgerungen nur zu 26 Prozent ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten durften, war dies bei anderen Staatsangehörigen zu 59 Prozent der Fall. In Bayern ist dieses Missverhältnis noch drastischer, wie eine Anfrage der LINKEN ergab: hier war das Verhältnis vier zu 64,5 Prozent! EU-Angehörige und Staatsangehörige bestimmter Länder können ihre bisherige Staatsangehörigkeit grundsätzlich behalten, von „Loyalitätskonflikten“ oder besonderen Problemen ist in diesem Zusammenhang jedoch nie die Rede. Offenkundig wird die generelle Akzeptanz der Mehrstaatigkeit von konservativer Seite also aus rein ideologischen Motiven abgelehnt. Diese ausgrenzende und vorurteilsschürende Politik muss dringend beendet werden!</p> <p>DIE LINKE. hat sich im Bundestag als bislang einzige Partei offen für ein Wahlrecht aller dauerhaft hier lebenden Bürgerinnen und Bürger gleich welcher Staatsangehörigkeit auf allen Ebenen eingesetzt, d.h. auch auf Bundes- und Landesebene. Das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger befürworten wir als einen ersten Schritt, dafür notwendige Grundgesetzänderungen beim Wahlrecht hohe Hürden zu überwinden sind (Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag</p>	
--	--	--	--	---	---	--

					<p>und Bundesrat). Wer dauerhaft hier lebt, muss gleichberechtigt mitbestimmen können – dies ist auch eine Botschaft des Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1990 zum so genannten Ausländerwahlrecht. Das Wahlrecht sollte nach unserer Auffassung aus zwei Gründen nicht von der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden: Erstens gibt es viele Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven trotz langjährigem Aufenthalt nicht einbürgern lassen wollen – dies ist aber kein Grund, sie von der demokratischen Mitbestimmung auszuschließen. Zweitens wird die Einbürgerung durch hohe gesetzliche Anforderungen erschwert, so dass viele Menschen im Ergebnis von Wahlen ausgeschlossen werden, obwohl sie im Durchschnitt bereits seit 20 Jahren in Deutschland leben. Das ist aus unserer Sicht inakzeptabel. Warum sollte eine weltoffene Gesellschaft Angst davor haben, dass die hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit an politischen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt teilhaben können?</p> <p>Gesellschaftlich und politisch gibt es in Deutschland längst eine Mehrheit für ein Ausländerwahlrecht, zumindest auf kommunaler Ebene. Doch in Regierungsbündnissen mit CDU/CSU haben sowohl die SPD als auch die FDP</p>	
--	--	--	--	--	---	--

					bislang immer dagegen gestimmt, wenn DIE LINKE dieses längst überfällige demokratische Mitbestimmungsrecht für Migrantinnen und Migranten im Bundestag eingefordert hat.	
TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene	(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene	(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene	(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene	(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene	(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene	(5) Teilhabegesetz auf Bundesebene
<p>Menschen mit Migrationshintergrund sind (mit einem Anteil der bei circa 20 Prozent liegen dürfte) ein nicht unerheblicher Teil der Einwohnerschaft des Bundesgebietes. Ihnen stehen bisher keine ausreichenden gleichberechtigten Möglichkeiten zu, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Dem stehen faktische und rechtliche Hindernisse entgegen.</p> <p>Die erfolgreiche Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund deutscher und anderer Staatsangehörigkeit liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Der Weg dazu führt über eine gleichberechtigte Teilhabe.</p> <p>Im Migrantenteilhabegesetz und anderen Gesetzen ist daher vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die aktive Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe, • der Abbau von Eingliederungshemmnissen • die besonderen Potenziale von Menschen mit 	<p>Unter der von CDU und CSU geführten Bundesregierung ist die Integrationspolitik ins Zentrum des politischen Handelns gerückt. Durch das Amt der Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist das auch organisatorisch deutlich geworden. Durch die Integrationsgipfel, die Deutsche Islamkonferenz und den Integrationsbeirat sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und ihre Organisationen heute besser als je zuvor in den Dialog mit der Bundesregierung und die Gestaltung der Integrationspolitik eingebunden. Der Nationale Aktionsplan Integration macht Integrationspolitik verbindlich und messbar. Er hat eine Fülle von Maßnahmen und Projekten auf den Weg gebracht, die die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stärkt. Das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im</p>	<p>Mit großem Interesse haben wir das Teilhabegesetz der Türkischen Gemeinde in Deutschland zur Förderung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Kenntnis genommen. Wir stehen in engem Dialog mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Vertreter unserer Bundestagsfraktion treffen sich z.B. Anfang September 2013 mit ihrem Vorsitzenden, Kenan Kolat, um sich über den Gesetzentwurf auszutauschen.</p> <p>Einige Punkte des Gesetzes, wie etwa die Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft oder die Abschaffung der Optionspflicht, fordert die SPD seit Langem. Diese und andere Vorhaben wie etwa die Verbesserung des „Anerkennungsgesetzes“ (Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen), Änderungen im Aufenthaltsrecht, etwa die Erleichterung des Familiennachzugs, hat die SPD-Bundestagsfraktion in der aktuellen</p>	<p>Die FDP teilt die Auffassung der Türkischen Gemeinde in Deutschland, dass Investitionen in Bildung die beste Versicherung gegen Chancenungerechtigkeit, Armut und für eine gelingende Integration sind. Gleichzeitig sind wir Liberale der Überzeugung, dass ein hohes gesellschaftliches Wissens- und Kompetenzniveau Wohlstand und individuelle Freiheit ermöglicht. Genau deswegen hat die FDP dazu beigetragen, die Ausgaben für Bildung und Forschung auf den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu heben. Während die letzte rot-grüne Bundesregierung (2005) etwas über 8 Mrd. Euro für diese Zukunftsausgabe übrig hatte, konnten wir für diesen Posten im Jahr 2013 den Rekordwert von 14 Mrd. Euro (+40%) im Jahr verbuchen.</p> <p>Wir sind sehr stolz darauf, dass es uns gelungen ist, ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse auf den Weg zu bringen. Alle Vorgängerregierungen sind bislang an diesem Ziel</p>	<p>Wir GRÜNE gehen davon aus, dass sichere Aufenthalts- und breit angelegte Teilhaberechte die Basis inklusiven Zusammenlebens sind. Vor diesem Hintergrund erleben wir, den von der TGD vorgelegten Entwurf für ein sog. Teilhabegesetz als große Bereicherung der gesellschaftlichen Diskussion.</p> <p>Bereits auf Landesebene haben sich die GRÜNEN für Integrationsgesetze stark gemacht und erfolgreich eingeführt.</p> <p>Einige der von Ihnen angeführten Punkte des Teilhabegesetz-Entwurfes der TGD werden bereits an anderer Stelle dieses Wahlprüfsteins behandelt. Hier verweisen wir auf die entsprechenden Antworten z.B. zum Staatsangehörigkeitsrecht unter (4). Zu den übrigen Punkten nehmen wir folgt Stellung:</p> <p>Bildung: Das Bildungssystem in Deutschland erweist sich nach wie vor als unfähig, Kindern, gerade aus armen Familien, gerechte</p>	<p>Auch DIE LINKE verfolgt eine Politik gleicher sozialer und politischer Rechte und einer Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten.</p> <p>Die Türkische Gemeinde in Deutschland hat mit der Erarbeitung und Vorlage eines Eingliederungs- und Teilhabegesetzes wertvolle Anregungen, Ideen und Vorschläge für mögliche Initiativen im Bundestag unterbreitet. Hierfür möchten wir uns zunächst herzlich bedanken!</p> <p>Viele der konkreten Vorschläge entsprechen Positionen der LINKEN, etwa Erleichterungen im Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsgesetz und die Förderung beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Das Problem der mangelnden Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen hat DIE LINKE im Jahr 2007, als dieses Thema noch weitgehend unbekannt war, mit einem Antrag im Bundestag überhaupt erst in die politische Debatte gebracht.</p>	<p>Im Migrantenteilhabegesetz und anderen Gesetzen ist daher vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die aktive Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe, - der Abbau von Eingliederungshemmnissen - die besonderen Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund als Bereicherung zu verstehen und zur Entfaltung kommen zu lassen. <p>Dies soll insbesondere durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Förderung von Bildung und Erwerbstätigkeit, einschließlich erweiterter Möglichkeiten des Zugangs zu Ausbildungsförderungen <p>Wir wollen eine Mehr-Klassen-Situation auf dem Arbeitsmarkt beenden. Diskriminierungsmaßnahmen jeder Art stellen unnötige und unangemessene Hürden für die Menschen dar, schaffen unnötige Bürokratie für Arbeitgeber und behindern die Entwicklung der Wirtschaft. Wir setzen uns dafür ein, die gesetzliche</p>

<p>Migrationshintergrund als Bereicherung zu verstehen und zur Entfaltung kommen zu lassen.</p> <p>Dies soll insbesondere durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Förderung von Bildung und Erwerbstätigkeit, einschließlich erweiterter Möglichkeiten des Zugangs zu Ausbildungsförderungen • Verbesserungen bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, • der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse und die Erhaltung und Förderung von anderen Herkunftssprachen, sowie die Respektierung von Herkunftskulturen, auch als Bereicherung für die Gesamtgesellschaft, • Vorteile für freie Träger und Wirtschaftsunternehmen, die Menschen mit Migrationshintergrund fördern, • ein Gleichstellungs- und Förderauftrag für den öffentlichen Dienst, • die Einführung von Diversitätsbeauftragten im Bundespersonalvertretungs- und Betriebsverfassungsgesetz, • die Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien des Bundes, • Wiederherstellungs- und Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigten 	<p>Ausland erworbenen Berufsqualifikationen trägt dazu bei, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ihre Fähigkeiten besser in unserem Land einbringen können; das ist im Interesse aller.</p> <p>Der Schul- und Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Zahlreiche Studien zeigen, dass unsere Bemühungen in diesem Bereich erfolgreich sind. Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Zuwanderungsgeschichte haben diese jungen Leute jedoch nach wie vor unterdurchschnittliche Schulabschlüsse oder berufliche Qualifikationen. Diese Unterschiede wollen wir weiter abbauen. Wir setzen auf die Leistungsbereitschaft von Kindern und Eltern sowie auf gezielte Fördermaßnahmen.</p> <p><i>Bildung von Anfang an fördern</i> Bereits in jungen Jahren wird sehr häufig der Bildungsweg vorgezeichnet. Wer früh gefördert wird, hat bessere Perspektiven. Kindergärten müssen noch stärker zu Orten werden, an denen die Entwicklung der unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten gefördert sowie Werte und frühkindliche Bildung vermittelt werden. Erziehen kommt dabei verstärkt die Aufgabe zu, sich als erste Lehrer der Kinder zu verstehen, die ihnen neben den Eltern die deutsche Sprache und die Lust am</p>	<p>Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebracht.</p> <p>Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.</p> <p>Die SPD setzt sich wie die Türkische Gemeinde in Deutschland dafür ein, Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern und ihre gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu sichern. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die rechtliche Gleichstellung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Chancengerechtigkeit die Grundlagen einer offenen und vielfältigen Gesellschaft.</p>	<p>gescheitert.</p> <p>Die FDP vertritt die Auffassung, dass Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen in einer globalisierten Welt von enormem Vorteil sind. Gerade deswegen ist es naheliegend, Kinder und Jugendliche, die von Hause aus über einen soliden Grundstock an diesen Fähigkeiten verfügen, entsprechend zu fördern. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Gründung und den Betrieb von Kitas und Schulen mit zweisprachigem Ansatz ganz ausdrücklich. Gleichzeitig ist zu beachten, dass der sichere Umgang und die Beherrschung der Sprache des Wohnlandes die Zukunftsaussichten von jungen Menschen maßgeblich bestimmen. Deswegen ist es zwingend erforderlich, dass sich die deutschen Bildungseinrichtungen (von der Kita bis hin zum Gymnasium) besonders um die Vermittlung des deutschen Sprachschatzes bemühen.</p>	<p>Bildungschancen zu gewährleisten. Wir meinen: Nur grundlegende strukturelle Reformen zugunsten einer stärkeren individuellen Förderung und eines längeren gemeinsamen Lernens können dazu beitragen, die strukturellen Hemmnisse im Schulsystem besonders- für sozial schwache, beziehungsweise für SchülerInnen mit einer nichtdeutschen Familiensprache zu mildern. Inklusionspolitik hat die Aufgabe, die Kompetenz z. B. von Bildungseinrichtungen im Umgang mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten ihrer Schülerschaft zu stärken und so die individuelle Förderung zu unterstützen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dabei gehen wir davon aus, dass eine interkulturelle Öffnung zu kurz greift, wenn diese darauf beschränkt wird, in Kitas und Schulen lediglich vermehrt pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund zu beschäftigen. Inklusiv wird dieser Prozess erst, wenn interkulturelle Kompetenz Aufgabe ALLER PädagogInnen ist und dieses Thema nicht länger an die (wenigen) KollegInnen mit Migrationshintergrund delegiert wird. • Inklusive Schulen sind aber auch kompetent im Erkennen und im Umgang mit ALLEN Schattierungen von Diskriminierung. Dabei ist es egal, von wem diese ausgehen und egal gegen wen sie sich 	<p>In einzelnen Punkten haben wir zum Teil auch weitergehende Forderungen als die Türkische Gemeinde in Deutschland. So lehnen wir bloße Verbesserungen des Asylbewerberleistungsgesetz es ab – unsere Forderung ist seit jeher, aber erst recht nach dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte 2012, die bedingungslose Abschaffung dieses diskriminierenden Sondergesetzes.</p> <p>Die Zusammenstellung unterschiedlicher Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland in einem einzigen Artikelgesetz, wie es von der TGD vorgeschlagen wird, hätte den Vorteil, dass dies als ein starkes politisches Signal verstanden würde, dass sich die Politik endlich gezielt der besonderen Probleme der eingewanderten Bevölkerung annimmt, sich mit allen Kräften dafür einsetzt, Ihre Lebenssituation merklich zu verbessern. Die Vielfalt der Themen eines solchen Artikelgesetzes kann aber auch dazu führen, dass einzelne Maßnahmen oder Vorschläge in der politischen bzw. parlamentarischen Debatte nicht mehr sinnvoll diskutiert werden können, weil solche Detailfragen dann in einer Art politischen Generaldebatte unterzugehen drohen.</p> <p>Die Linksfraktion im nächsten Bundestag wird sich deshalb der Frage stellen und</p>	<p>Schlechterstellung von Menschen aus Nicht-EU-Staaten auf dem Arbeitsmarkt abzuschaffen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserungen bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen <p>Durch die mangelnde Bereitschaft, ausländische Abschlüsse anzuerkennen, werden zum Teil hochqualifizierte Menschen an der Ausübung ihres erlernten Berufes oder an der Durchführung notwendiger Weiterbildungsmaßnahmen gehindert. Wir setzen uns für die Erleichterung der Anerkennung ausländischer Diplome und Zertifizierungen ein. In vielen Ländern ist die hier traditionelle duale Berufsausbildung nicht üblich. Das ist vor allem problematisch für ausländische Arbeitnehmer, die schon mehrjährige fundierte Berufserfahrung haben. Für die Anerkennung von nicht formalisierten beruflichen Erfahrungen, Qualifikationen und besonderen Fähigkeiten aus anderen Ländern sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. So könnte es zum Beispiel möglich sein, durch eine Prüfung vor den Industrie- und Handelskammern oder Handwerksinnungen eine der Berufsausbildung gleichwertige Zertifizierung zu erhalten. Wir setzen uns ein für diskriminierungsfreie Prüfinhalte, die interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit wertschätzen.</p> <p>- der Erwerb deutscher</p>
--	--	---	---	--	--	---

<p>Diskriminierungen im Sozialrecht,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung des menschenwürdigen Existenzminimums und von Bildungsbedarfen im Sozialrecht, • (Wieder-) Anwendung des Europäischen Fürsorgeabkommens auf SGB II und XII, • Verbesserungen für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, • Änderungen aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen, insbesondere Erleichterung des Erwerbs eines unbefristeten Aufenthaltsrechts und beim Familiennachzug, • Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, namentlich Einschränkung der Verlustgründe und Ermöglichung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten für Deutsche und Einzubürgernde. 	<p>Lernen vermitteln. Diese frühe Förderung hilft insbesondere auch Zuwandererfamilien.</p> <p>Um dem Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrer, darunter auch solche mit Zuwanderungserfahrung.</p> <p><i>Eltern in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbeziehen</i> Der Schulerfolg der Kinder hängt sehr stark vom Bildungsbewusstsein der Eltern ab. Oft sind jedoch die Eltern unzureichend mit unserem Bildungssystem vertraut. Wir wollen diesen Familien beispielsweise einen Bildungspaten an die Seite stellen, der die Kinder auf ihrem Bildungsweg begleitet und den Eltern als Ansprechpartner dient. Der Schlüssel zu mehr Bildung liegt in einer individuellen Lernförderung sowie in einer verstärkten Elternarbeit. Häufig ist gerade Eltern aus Zuwandererfamilien zu wenig bewusst, dass sie die Schulvorbereitung und -laufbahn ihrer Kinder aktiv begleiten müssen. Im Schulterschluss von Bildungs- und Familienpolitik werden wir hier Programme auflegen, die diesen Weg unterstützen und begleiten.</p> <p><i>Sprachfähigkeit fördern</i> Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Nur durch gute Deutschkenntnisse ist</p>			<p>richten: ob, gegen „Muslime“, „Juden“ oder „Christen“, ob gegen „Frauen“ oder „Schwule“ oder gegen "Türken" oder "Deutsche".</p>	<p>annehmen müssen, welche der Vorschläge der TGD aufgegriffen und eingebracht werden können und ob dies in Form eines „großen“ Gesamtgesetzes geschehen soll, wie vorgeschlagen, oder in Form von Einzelinitiativen. Das Ergebnis dieser Debatte kann an dieser Stelle nicht vorweggenommen werden, aber dies ändert ohnehin nichts daran, dass DIE LINKE die vorgeschlagenen Regelungen der TGD inhaltlich weitgehend teilt.</p>	<p>Sprachkenntnisse und die Erhaltung und Förderung von anderen Herkunftssprachen, sowie die Respektierung von Herkunftskulturen, auch als Bereicherung für die Gesamtgesellschaft</p> <p>Um Chancengleichheit zu erreichen, setzen wir uns für ein gemeinsames Lernen von Kindern mit verschiedenem sozialem Hintergrund ein. Den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen der Lernenden soll mit Achtung begegnet werden. Mehrsprachigkeit ist ein Wert, den es zu fördern gilt. Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Der muttersprachliche Unterricht sollte bestehende Sprachfähigkeiten zertifizieren und somit als Qualifikation wertschätzen. Die Didaktik von „Deutsch als Zweitsprache“ soll stärker in die Lehrerbildung und die Fortbildungen eingehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorteile für freie Träger und Wirtschaftsunternehmen, die Menschen mit Migrationshintergrund fördern, • ein Gleichstellungs- und Förderauftrag für den öffentlichen Dienst,
---	---	--	--	---	--	---

	<p>Teilhabe an allen Lebensbereichen gewährleistet. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und Gemeinschaftsgefühl und stärkt damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.</p> <p><i>Erfolgsmodell Integrationskurse weiter fördern</i> Im Bereich der Förderung deutscher Sprachkenntnisse haben wir viel geleistet: die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Denjenigen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, ohne unsere Sprache bisher gut zu sprechen, wollen wir damit neue Chancen eröffnen. Wir wollen die hohe Lernmotivation der Zuwandernden nutzen, Integrationskurse konsequent weiterentwickeln und qualitativ verbessern, um möglichst vielen gute Deutschkenntnisse zu vermitteln. Dabei wollen wir alle Menschen erreichen, die auf Dauer in Deutschland bleiben wollen.</p> <p><i>Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz fördern</i> Im Zeitalter der Globalisierung ist die Kenntnis zusätzlicher Sprachen besonders wichtig. Wir wollen den muttersprachlichen Unterricht daher neu konzipieren. Dort, wo es angezeigt ist, wollen wir die Sprachen der Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen in den Lehrplan aufnehmen. Selbstverständlich hat der Erwerb deutscher</p>					<p>Damit Behörden auf die Interessen der Bevölkerung angemessen eingehen können, müssen sie die Diversität der Gesellschaft auch in ihren eigenen Reihen abbilden. Um dies zu erreichen, braucht es angemessene Bewerbungs- und Auswahlverfahren. Besondere Angebote für an Bewerbungen interessierte Menschen sollen Interesse und Selbstbewusstsein stärken und für mehr Bewerbungen aller gesellschaftlichen Gruppen sorgen. Die Piratenpartei Deutschland fordert anonymisierte Bewerbungsverfahren in der Verwaltung, um möglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Nationalität, Aussehen, Alter oder weiterer nicht-einstellungsrelevanter Merkmale vorzubeugen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Einführung von Diversitätsbeauftragten im Bundespersonalvertretungs- und Betriebsverfassungsgesetz, • die Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien des Bundes, • Wiederherstellungs- und Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigten Diskriminierungen im Sozialrecht, • Berücksichtigung des menschenwürdigen Existenzminimums und von Bildungsbedarfen im Sozialrecht, <p>Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die Bafög-Leistungen durch ein Bildungsgrundeinkommen zu ersetzen. Dieses</p>
--	---	--	--	--	--	---

	<p>Sprachkenntnisse weiterhin Vorrang, da die deutsche Sprache der Schlüssel für einen erfolgreichen Integrationsprozess ist.</p> <p>Gerade mit Blick auf den Fachkräftemangel sind die Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Bereicherung, auf die wir nicht verzichten können. Zuwanderung war bislang häufig mit einer Entwertung vorhandener beruflichen Fähigkeiten verbunden, weil im Herkunftsland erworbene Bildungs- und Berufsabschlüsse nur zu einem geringen Teil anerkannt wurden. Die CDU und CSU hat durch die Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüsse durch ein entsprechendes Gesetz verbessert. Somit wird die Einbindung in unsere Berufs- und Arbeitswelt einfacher.</p> <p><i>Integration durch bürgerschaftliches Engagement</i> Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, wie etwa im Sport, im Bereich der Kultur, Bildung und Politik, aber auch bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und karitativen Einrichtungen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Es kann für beide Seiten einen Erwerb zusätzlicher Kompetenzen</p>					<p>Bildungsgrundeinkommen sichert das Einkommen derer, die eine Ausbildung, ein Studium oder eine Fortbildung absolvieren, aber keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • (Wieder-) Anwendung des Europäischen Fürsorgeabkommens auf SGB II und XII, • Verbesserungen für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, <p>Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „Asylbewerberleistungsgesetz“ ist eindeutig und zeigt, dass es verfassungswidrig ist, Asylsuchende unter dem „Existenzminimum“ zu halten. Dies zeigt, wie stark Asylsuchende bereits durch die Gesetzgebung in ihrem Alltag diskriminiert und eines selbstbestimmten Lebens beraubt werden.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass Asylsuchende Anspruch auf Sozialleistungen haben, ohne dabei diskriminierende Sondergesetzgebungen zu erhalten oder zu schaffen. Das Recht auf sichere Existenz und Teilhabe muss für alle Menschen gelten – auch und besonders für Schutzsuchende.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Änderungen aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen, insbesondere Erleichterung des Erwerbs eines unbefristeten Aufenthaltsrechts und
--	---	--	--	--	--	---

	<p>sowie Kenntnisse über Zuwanderer und die Aufnahmegesellschaft bedeuten. Austausch und Begegnungsmöglichkeiten fördern nicht nur die soziale Integration, sondern zugleich Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Bürgerschaftliches Engagement zur Integration von Zuwanderern wollen wir daher besonders fördern. CDU und CSU treten dafür ein, dass der ehrenamtliche integrationsfördernde Einsatz von Zuwanderern und Einheimischen sehr viel stärker öffentlichkeitswirksam gewürdigt wird.</p> <p><i>Politische Mitwirkung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fördern</i></p> <p>Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am öffentlichen Leben ausbauen. Dazu gehört auch die politische Teilhabe, die für unsere Gesellschaft von größter Bedeutung ist. Wir wollen dazu beitragen, dass der Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Politik weiter zunimmt.</p>					<p>beim Familiennachzug,</p> <p>Die Familie steht laut Grundgesetz unter besonderem Schutz. Dennoch ist es für Ehegatten, die aus Nicht-EU-Ländern stammen, Pflicht, noch vor der Einreise nach Deutschland einen Sprachkurs Deutsch zu belegen und erfolgreich abzuschließen. Wir Piraten sehen hierin vor allem eine Abschreckungsmaßnahme gegenüber Ehegatten, die finanziell nicht gut ausgestattet sind, da Deutschkurse im Ausland oft teuer und mitunter mit hohem Aufwand verbunden sind. Wir fordern die Abschaffung der verpflichtenden Deutschkenntnisse noch vor der Einreise. Es ist vollkommen ausreichend, wenn nachziehende Ehegatten hier vor Ort Deutschkurse belegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, namentlich Einschränkung der Verlustgründe und Ermöglichung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten für Deutsche und Einzubürgernde. <p>Wir setzen uns für die Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein, um die Hürde zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und des damit verbundenen Wahlrechts zu senken. Der Zwang zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit (Optionspflicht) entfällt. Menschen, die seit langem in Deutschland leben, sollen</p>
--	---	--	--	--	--	--

						unabhängig von wirtschaftlichen Kriterien die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Dies ist Teil des Integrationsprozesses, nicht dessen Ziel. Wir setzen uns für ein bedingungsloses Recht aller in Deutschland geborener Menschen, egal welcher Abstammung, auf die deutsche Staatsangehörigkeit ein.
TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund	(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund	(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund	(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund	(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund	(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund	(6) Arbeitsmarkt- situation von Menschen mit Migrations- hintergrund
<p>Um die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Migrationshintergrund zu verändern, fordert die Türkische Gemeinde in Deutschland:</p> <p>Besondere Zuschüsse für Betriebe: Betriebe, die Menschen mit Migrationshintergrund - insbesondere Geringqualifizierte – einstellen, sollten finanzielle Zuschüsse erhalten und damit für ihre Vorreiterrolle „belohnt“ werden. Denn durch finanzielle Anreize werden Betriebe dazu motiviert, Personen mit Migrationshintergrund einzustellen. So können Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden.</p> <p>Anonymisiertes Bewerbungsverfahren: Das anonymisierte Bewerbungsverfahren, das als Modellprojekt von fünf Unternehmen und drei</p>	<p><i>Existenzgründungen fördern</i> Die rund 726.000 Unternehmer mit Zuwanderungsgeschichte leisten heute einen großen Beitrag für die deutsche Volkswirtschaft. Unternehmen von Zuwanderern entfalten neben ihrem wirtschaftlichen Nutzen eine wichtige integrationsfördernde Leistung. Sie haben eine Vorbildfunktion für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie für Einheimische. Förderung von Existenzgründungen von Zuwanderern und Schaffung neuer Ausbildungsplätze in mittelständischen Unternehmen, denen Zuwanderer vorstehen, ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für den Standort Deutschland. Daher hat die unionsgeführte Bundesregierung die Aufnahme einer</p>	<p>Wir wollen, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren entsprechend der Zielrichtung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes eingeführt und dabei die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zügig ausgewertet und einbezogen werden.</p> <p>In unserem Regierungsprogramm sagen wir ganz klar: „Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legitimation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigungszahl signifikant erhöhen. Mit</p>	<p>Nachdem alle Vorgängerregierungen daran gescheitert sind, ist es der CDU-FDP-Koalition gelungen, ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse auf den Weg zu bringen. Dieses wichtige Gesetz ist erst seit kurzer Zeit in Kraft und muss in seiner Wirkung noch betrachtet werden. Es lässt sich bislang nicht abschließend feststellen, inwiefern sich die Kostenbeteiligung bei der Antragsstellung negativ auf die Nachfrage auswirkt. Ähnliches gilt für die Nachqualifizierung. Diesen Fragen werden wir in den nächsten Monaten unsere Aufmerksamkeit widmen und bei Bedarf eine entsprechende Anpassung herbeiführen.</p> <p>Mittlerweile haben alle Bundesländer damit begonnen, den Gesetzgebungsprozess für</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Besondere Zuschüsse für Betriebe Menschen mit Migrationshintergrund sind am deutschen Arbeitsmarkt regelmäßig offener und verdeckter Diskriminierung ausgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass der gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigung und Aufstiegschancen für Menschen mit Migrationshintergrund zur selbstverständlichen Normalität in Deutschland wird. Ein breites Angebot an aktiven Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit individuell ausgerichteten Zugängen zu Qualifizierung und Beschäftigung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die bestehenden Eingliederungszuschüsse wollen wir ergänzen durch einen geförderten sozialen Arbeitsmarkt für Menschen mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen. Alle Arbeitgeber sollen diese 	<p>DIE LINKE steht für eine solidarische Politik der sozialen Gerechtigkeit. Wir fordern gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen, setzen auf Umverteilung des Reichtums und aktive Unterstützung und Förderung Benachteiligter, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Die ökonomischen Folgen der Krise des globalisierten Kapitalismus bzw. Finanzmarkts dürfen nicht zu mehr sozialer Ungleichheit, Ausgrenzung, Armut und Arbeitslosigkeit führen. Wir kämpfen für bessere Beschäftigungsbedingungen und soziale Standards für alle hier lebenden Menschen. Unser Eintreten für einen gerechten Mindestlohn, gegen prekäre Beschäftigung, Leiharbeit und Lohndumping, für faire und menschenwürdige Renten usw. dient</p>	<p>Um die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Migrationshintergrund zu verändern, fordert die Türkische Gemeinde in Deutschland:</p> <p>- Besondere Zuschüsse für Betriebe</p> <p>Betriebe, die Menschen mit Migrationshintergrund - insbesondere Geringqualifizierte - einstellen, sollten finanzielle Zuschüsse erhalten und damit für ihre Vorreiterrolle „belohnt“ werden. Denn durch finanzielle Anreize werden Betriebe dazu motiviert, Personen mit Migrationshintergrund einzustellen. So können Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden.</p> <p>- Anonymisiertes Bewerbungsverfahren</p> <p>Das anonymisierte Bewerbungsverfahren, das</p>

<p>öffentlichen Arbeitgebern durchgeführt wurde, zeigte uns das Ergebnis, dass bei diesen Bewerbungsverfahren der Fokus auf die Qualifikation gelenkt wird. Um eine Diskriminierung für Frauen, Ältere, Migranten auszuschließen, muss das anonymisierte Bewerbungsverfahren in allen Bereichen verpflichtend eingeführt werden.</p> <p>Zielgrößenregelung im Öffentlichen Dienst Die öffentlichen Einrichtungen sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein und bei der Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund die Vorreiterrolle übernehmen. Das Bewusstsein, diese Menschen ein Teil dieser Gesellschaft sind, ist nicht ausreichend vorhanden. Solange diese Erkenntnis nicht bei den Arbeitsmarktakteuren angekommen ist, bedarf es eines staatlich gesteuerten Instruments. Denn ohne positive Maßnahmen kann die jetzige Ungleichheit nicht abgefedert werden. Auch hätten Bürger_innen mit Migrationshintergrund Vorbilder und mehr Hoffnung, sich als ein akzeptierter Teil dieser Gesellschaft fühlen zu dürfen. Die Zielgrößenregelung sollte die Verteilung kultureller und ethnischer Zugehörigkeit in der Gesellschaft widerspiegeln.</p> <p>Nachbesserung des Anerkennungsgesetzes Die Übernahme der Kosten für die Antragstellung und für die Teil- und</p>	<p>selbständigen Erwerbstätigkeit vereinfacht. Wir wollen diesen Weg weitergehen, auch um die Chancen von engen wirtschaftlichen Beziehungen mit den Herkunftsländern, wie z. B. mit Polen, Russland oder der Türkei für Unternehmer in Deutschland zu nutzen.</p> <p><i>Qualifikationsniveau erhöhen</i> Durch eine gezielte Qualifikationsoffensive wollen wir Unternehmer mit Zuwanderungsgeschichte stärken und auch neue Existenzgründer gewinnen. Dabei sollen neben betriebswirtschaftlichen Kompetenzen fachspezifisches Wissen sowie Sprachkenntnisse vermittelt werden.</p> <p>Viele dieser Unternehmer könnten aufgrund ihrer Betriebsstruktur mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Dafür fehlt es ihnen häufig an Informationen, die wir durch aufsuchende Beratungsstellen verstärkt liefern wollen. Zusätzlich sollen zur Motivation der Betriebsinhaber Multiplikatoren eingesetzt und Musterbetriebe ausgezeichnet werden.</p> <p><i>Mehr Zuwanderer für das Handwerk</i> Wir wollen den Anteil der Handwerkerinnen und Handwerker mit Zuwanderungsgeschichte ausbauen. Obwohl relativ viele junge Zuwanderer hier eine Ausbildung absolvieren, finden bislang nur Wenige den Weg in die Selbständigkeit. Aus diesem</p>	<p>weiteren Modellversuchen werden wir prüfen, ob auch die anonymisierte Bewerbung geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Zudem wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.“</p> <p>Das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen („Anerkennungsgesetz“) muss in der Tat überarbeitet werden. Im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion für eine moderne Integrationspolitik (Bundestagsdrucksache 17/13483) fordert unsere Fraktion, einen Rechtsanspruch auf Beratung und Betreuung für die betroffenen Personen in das Gesetz aufzunehmen und eine entsprechende engmaschige Beratungsstruktur sicherzustellen.</p> <p>Wir wollen zudem, dass die die Verfahrenskosten sozial ausgestaltet werden. Bei für die Anerkennung erforderlichen Anpassungen und Nachqualifizierungen müssen die Betroffenen künftig bedarfsabhängig gefördert werden können, wenn sie die Kosten des Verfahrens nicht auffangen können und auch kein anderer Kostenträger zur Verfügung steht. Schließlich ist mit Nachdruck auf die Umsetzung vergleichbarer Anerkennungsgesetze für Länderberufe in den Bundesländern hinzuwirken, in denen dies bisher noch nicht geschehen ist.</p> <p>Um die Situation von</p>	<p>eigene Landesenerkennungsgesetze einzuleiten oder ein solches Gesetz schon verabschiedet. Wir stellen fest, dass es erhebliche Unterschiede mit Blick auf den Verfahrensstand gibt und haben wenig Verständnis für eingetretene Verzögerungen. Es ist unser Anliegen, dass alle Länder schnellstmöglich ihrer Verantwortung gerecht werden.</p> <p>Integration braucht die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft. Als Liberale werben wir für mehr Offenheit und Toleranz. Entsprechende Bemühungen zu unterstützen, ist Teil unserer Wachstumsstrategie für den Standort Deutschland.</p> <p>Das von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierte Pilotprojekt hat gezeigt, dass ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren dazu beitragen kann, Vorurteile im ersten Schritt eines Bewerbungsprozesses zu verhindern. Wir begrüßen dies ausdrücklich. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass nicht jedes Unternehmen die Einführung eines anonymen Bewerbungsverfahrens einfach umsetzen kann. Insbesondere eine damit verursachte Verzögerung der betrieblichen Abläufe kann in Zeiten des Fachkräftemangels hinderlich sein. Wir wollen daher, dass es weiterhin die freiwillige Entscheidung der Unternehmen bleibt, sich für ein solches Bewerbungsverfahren zu</p>	<p>Förderung in Anspruch nehmen können. Voraussetzung für eine Förderung ist dabei das Vorliegen mehrerer Vermittlungshemmnisse. Vermittlungshemmnisse sind zum Beispiel ein fehlender Schulabschluss oder Suchtprobleme. Ein Migrationshintergrund gehört für sich genommen nicht dazu. Das halten wir auch für sachgerecht. Andernfalls würde sich die Förderung schnell ins Gegenteil verkehren und Menschen mit Migrationshintergrund würden automatisch als förderungsbedürftig abgestempelt und am Arbeitsmarkt stigmatisiert werden, auch wenn sie in jeder Hinsicht beschäftigungsfähig sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> Anonymisiertes Bewerbungsverfahren Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, Alter, Religion, sexuelle Identität und Geschlecht dürfen bei Bewerbungsverfahren keine Rolle spielen. Die Realität ist heute eine andere. Bestehende Strukturen sind verfestigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich mit aller Kraft gegen jegliche Diskriminierung. Darum haben wir das Modellprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu anonymisierten Bewerbungsverfahren sehr begrüßt. Angesichts der positiven Ergebnisse des Projekts setzen wir uns dafür ein, dass das Verfahren im öffentlichen Dienst eine größere Verbreitung findet und auch in weiteren Unternehmen eingeführt wird. 	<p>Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen.</p> <p>Migrantinnen und Migranten sind in allen wichtigen Lebensbereichen besonders benachteiligt. Sie sind doppelt so häufig von Schulabbrüchen, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit, von Armut und niedrigen Einkommen betroffen wie die übrige Bevölkerung. Deshalb bedarf es auch besonderer Initiativen, um ihre Situation wirksam zu verbessern. Diese ist weder Schicksal noch liegt es an den Menschen selbst. Sie ist Folge einer unsozialen Politik, Folge einer auf Ausgrenzung setzenden Ausländergesetzgebung und das Ergebnis eines sozial selektiven Bildungssystems, das den sozialen Aufstieg von sozioökonomisch benachteiligten Kindern weitgehend verhindert. Die von der TGD vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation und gezielten Arbeitsförderung von Migrantinnen und Migranten begrüßen wir. Auch DIE LINKE fordert beispielsweise Nachbesserungen beim Anerkennungsgesetz: Es bedarf einheitlicher Antrags- und Beratungsstellen für alle Berufsfelder in allen Bundesländern, die Kosten des Verfahrens müssen überschaubar sein und reduziert werden, es muss einen Anspruch auf Weiterqualifizierung geben. Wir befürworten ebenso Zielgrößen bei der</p>	<p>als Modellprojekt von fünf Unternehmen und drei öffentlichen Arbeitgebern durchgeführt wurde, zeigte uns das Ergebnis, dass bei diesen Bewerbungsverfahren der Fokus auf die Qualifikation gelenkt wird. Um eine Diskriminierung für Frauen, Ältere, Migranten auszuschließen, muss das anonymisierte Bewerbungsverfahren in allen Bereichen verpflichtend eingeführt werden.</p> <p>Die Piratenpartei Deutschland fordert anonymisierte Bewerbungsverfahren in der Verwaltung, um möglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Nationalität, Aussehen, Alter oder weiterer nicht-einstellungsrelevanter Merkmale vorzubeugen.</p> <p>- Zielgrößenregelung im Öffentlichen Dienst</p> <p>Die öffentlichen Einrichtungen sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein und bei der Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund die Vorreiterrolle übernehmen. Das Bewusstsein, diese Menschen ein Teil dieser Gesellschaft sind, ist nicht ausreichend vorhanden. Solange diese Erkenntnis nicht bei den Arbeitsmarktakteuren angekommen ist, bedarf es eines staatlich gesteuerten Instruments. Denn ohne positive Maßnahmen kann die jetzige Ungleichheit nicht abgefedert werden. Auch hätten Bürger_innen mit Migrationshintergrund Vorbilder und mehr</p>
---	---	---	--	---	---	---

<p>Nachqualifizierung sollte gesichert sein. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass das Potential der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund genutzt wird. Ferner müssen alle Bundesländer eigene Landesanererkennungsgesetze verabschieden, damit auch die Anerkennung bei landesrechtlich geregelten Berufen gesichert werden kann.</p> <p>Da manche Menschen mit Migrationshintergrund Probleme haben, Duplikate ihrer Abschlusszeugnisse ausstellen zu lassen, sollten Kompetenzfeststellungsverfahren entwickelt werden. Dies wäre auch der richtige Schritt, um später den Weg für die Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen zu öffnen.</p> <p>Definition der Migrant_innen als Zielgruppe in der Sozialgesetzgebung Menschen mit Migrationshintergrund sollten aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt als besonders zu fördernde Zielgruppe im § 1 des SGB II aufgenommen werden. Denn erst wenn die Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe definiert und in die Sozialgesetzgebung als solche mit aufgenommen werden, kann auch eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation erreicht werden.</p> <p>Diversitykonzepte / Antidiskriminierungskonzept</p>	<p>Grund wollen wir in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern mehr Zuwanderer für das Handwerk und den Erwerb des Meistertitels gewinnen.</p> <p><i>Mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den öffentlichen Dienst gewinnen</i> Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst, insbesondere als Lehrer, als Polizisten oder in der Justiz entscheiden. Wir wollen dies jedoch nicht über eine Quote regulieren.</p> <p><i>Gleichstellung von Frauen durchsetzen</i> Frauen spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle. Daher stehen wir ihnen im Integrationsprozess zur Seite. Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.</p> <p><i>Erwerbsquote der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte erhöhen</i> Frauen mit Zuwanderungsgeschichte haben Möglichkeiten und Chancen, die sie stärker nutzen sollten. Obwohl Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte bessere Bildungsabschlüsse</p>	<p>Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt generell zu verbessern, wollen wir in Anlehnung an das Bundesprogramm „Perspektive 50plus“ ein spezielles Arbeitsmarktprogramm „Perspektive MigraPlus“ entwickeln (Bundestagsdrucksache 17/7860). Das Programm soll innovative Ansätze für den Erwerb der deutschen Sprache am Arbeitsplatz fördern sowie bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen erarbeiten (für weitere Einzelheiten vgl. Bundesdrucksache 17/13483, 17/9974).</p> <p>Wir wollen, dass der arbeitsmarktpolitische Instrumentenkasten des SGB II und SGB III sowie die Regelförderung und die Umsetzung in die Praxis auf die Erfahrungen aus dem Programm „Integration durch Qualifizierung“ abgestimmt und allen Agenturen für Arbeit und Jobcentern zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören u. a. Diversity Management, d. h. interkulturelle Sensibilisierung, Qualifizierung und Begleitung des Personals der Agentur für Arbeit, der Beratungs- und Qualifizierungseinrichtungen, weiterhin die kultursensible Ausgestaltung von Angeboten und Förderung der beruflichen Weiterbildung, die Berücksichtigung der spezifischen Lebenslagen von Menschen mit Migrationshintergrund, die</p>	<p>entscheiden.</p> <p>Wir setzen uns für eine bessere Arbeitsmarktintegration für Menschen mit Migrationshintergrund ein. Die arbeitsmarktpolitische Integration ist dabei unmittelbar mit der beruflichen Qualifizierung verbunden. Daher haben wir zum Beispiel die Förderungsmöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit nicht nur erhalten, sondern weiterentwickelt. Wir unterstützen zudem individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter, zum Beispiel durch privates Bildungssparen oder Bildungsgutscheine. Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund stehen alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Verfügung, darunter fällt auch der gesetzliche Auftrag zur Sprachförderung. Wir wollen aber darüber hinaus die arbeitsplatzbezogenen Deutschförderung ausbauen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zielgrößenregelung im Öffentlichen Dienst Die Akzeptanz innerhalb einer Gesellschaft der Vielfalt hängt auch davon ab, ob sich Bürgerinnen und Bürger in staatlichen Institutionen wiedererkennen bzw. inwiefern sie sich durch diese repräsentiert fühlen. Vor diesem Hintergrund ist es schlichtweg inakzeptabel, dass nicht einmal zehn Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten einen Migrationshintergrund haben. In den höheren Einkommensgruppen liegt die Quote noch deutlich darunter. Der Öffentliche Dienst präsentiert sich damit als die größte Parallelgesellschaft. Grüne Politik setzt sich in Bund, Ländern und Kommunen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein: Wir brauchen endlich klare und überprüfbare Selbstverpflichtungen, Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Bevölkerungsanteils auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes zu beschäftigen. Entsprechend sollten sich auch die privaten Anbieter sozialer Dienste, die zu den größten Arbeitgebern Deutschlands zählen, öffnen und dafür Sorge tragen, dass Migrantinnen und Migranten nicht aufgrund ihrer Konfession benachteiligt werden. Gerade staatliche Stellen sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Mit der positiven Berücksichtigung interkultureller Kompetenz in Einstellungsverfahren 	<p>Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, aber auch in der privaten Wirtschaft. Dies muss verbunden werden mit einer positiven Berücksichtigung von, bei Migrantinnen und Migranten oftmals stärker vorhandenen interkulturellen Kompetenzen oder Mehrsprachigkeit, was gerade im öffentlichen Dienst von großer Bedeutung ist. Wir fordern eine Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsgesetzgebung (Verbandsklagerecht, Beweislastumkehr, Ausweitung des Anwendungsbereichs usw.) und die wirksame Verankerung unabhängiger Anti-Diskriminierungs-, Beratungs- und Beschwerdestellen, z.B. auch in Betrieben. Der Einsatz und die weitere Erforschung von anonymisierten Bewerbungsverfahren kann ebenfalls ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung diskriminierender Einstellungsmuster sein. Auf spezifische Problemlagen von Migrantinnen und Migranten muss in der Arbeitsvermittlung gezielt und sorgsam eingegangen werden, ihre besondere Förderung und Beratung als spezielle Zielgruppe ist sicherzustellen.</p> <p>Bei aller Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund darf auch nicht übersehen</p>	<p>Hoffnung, sich als ein akzeptierter Teil dieser Gesellschaft fühlen zu dürfen. Die Zielgrößenregelung sollte die Verteilung kultureller und ethnischer Zugehörigkeit in der Gesellschaft widerspiegeln.</p> <p>Die Verwaltung sollte die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln, um auf die Bedürfnisse aller Menschen eingehen zu können. Daher sollten auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst arbeiten.</p> <p>- Nachbesserung des Anerkennungsgesetzes</p> <p>Die Übernahme der Kosten für die Antragstellung und für die Teil- und Nachqualifizierung sollte gesichert sein. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass das Potential der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund genutzt wird. Ferner müssen alle Bundesländer eigene Landesanererkennungsgesetze verabschieden, damit auch die Anerkennung bei landesrechtlich geregelten Berufen gesichert werden kann.</p> <p>Da manche Menschen mit Migrationshintergrund Probleme haben, Duplikate ihrer Abschlusszeugnisse ausstellen zu lassen, sollten Kompetenzfeststellungsverfahren entwickelt werden. Dies wäre auch der richtige Schritt, um später den Weg für die Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen zu öffnen.</p> <p>Die Anerkennung von</p>
--	---	---	--	---	--	---

<p>e in Betrieben Betriebe sollten für die Problematik der Diskriminierung sensibilisiert werden. In Betrieben müssen Diversity- und Antidiskriminierungskonzepte eingeführt werden. Die Betriebe sollten unterstützt werden, diese Konzepte umzusetzen und dabei begleitet werden.</p> <p>Ausbau von besonderen Qualifizierungsangeboten Arbeitsmarktstrukturen sind bereits vorgegeben: Arbeitsplätze werden vor allem im Dienstleistungsbereich entstehen. Der bereits vorhandene Fachkräftebedarf in diesem Bereich wird in den nächsten Jahren wachsen. Für den Wettbewerb in diesem Bereich sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausreichend „ausgerüstet“. Aus diesem Grund müssen die Qualifizierungsangebote mit berufsbezogenen Sprachmodulen ausgebaut werden. Von Maßnahmeangebotsseite müssen dabei größere Anstrengungen unternommen werden. Dabei sollten die Fördermaßnahmen und die Weiterbildungsprogramme auf konkrete Defizitlagen abgestimmt werden.</p>	<p>erzielen als ihre männlichen Mitschüler, sind sie im Erwerbsleben weniger stark vertreten. Wir wollen die Erwerbsquote der Frauen mit Zuwanderungsgeschichte erhöhen. Hierzu bedarf es auch einer Verbesserung der Deutschkenntnisse. Teilhabe am Erwerbsleben und Sprachkenntnisse der Mütter tragen maßgeblich zum Bildungserfolg der Kinder bei. Sprachangebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell für Frauen zugeschnitten und durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht. Diesen erfolgreichen Ansatz wollen wir fortführen.</p>	<p>Implementierung von niedrigschwelligen Zugangsmöglichkeiten zu den einzelnen Arbeitsmarktinstrumenten, die Entwicklung entsprechender Qualitätsstandards für Qualifizierungsangebote, einschließlich berufsbezogener Deutschförderung und die Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Existenzgründerinnen und –gründer mit Migrationshintergrund.</p>		<p>können sie einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Menschen mit Migrationshintergrund können, besonders in gehobenen Positionen des öffentlichen Dienstes, eine wichtige Vorbildfunktion für junge EinwanderInnen einnehmen und als Brückenbauer zwischen den Kulturen wirken. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung bedarf aber mehr als der Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir brauchen einen „Klimawandel in den Amtsstuben“. Interkulturelle Kompetenz muss für alle Beschäftigten zu einer Selbstverständlichkeit werden und darf nicht nur an die Beschäftigten mit Migrationshintergrund delegiert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachbesserung des Anerkennungsgesetzes Die Übernahme der Kosten für die Antragstellung und für die Teil- und Nachqualifizierung sollte gesichert sein. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass das Potential der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund genutzt wird. Ferner müssen alle Bundesländer eigene Landesenerkennungsgesetze verabschieden, damit auch die Anerkennung bei landesrechtlich geregelten Berufen gesichert werden kann. In Deutschland leben viele gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten, die derzeit weit unter ihrer Qualifikation und abseits ihres erlernten Berufes arbeiten müssen, weil ihre 	<p>werden, dass die sozialen Probleme von Migrantinnen und Migranten im Regelfall die Probleme sozial benachteiligter Personen sind, und sie teilen diese mit einer leider zunehmenden Zahl von Menschen in Deutschland. DIE LINKE macht deshalb seit Jahren konkrete Vorschläge für eine bessere, andere Sozial- und Beschäftigungspolitik, denn es gibt eine Alternative zum neoliberalen Modell, das die soziale Not der Menschen als selbstverschuldet und als individuelles Versagen darzustellen versucht.</p>	<p>Abschlüssen soll generell vereinfacht werden. Auch für informell erworbene Kompetenzen soll es Möglichkeiten der Anerkennung geben. Für die Anerkennung von nicht formalisierten beruflichen Erfahrungen, Qualifikationen und besonderen Fähigkeiten aus anderen Ländern sollen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. So könnte es zum Beispiel möglich sein, durch eine Prüfung vor den Industrie- und Handelskammern oder Handwerksinnungen eine der Berufsausbildung gleichwertige Zertifizierung zu erhalten. Wir setzen uns ein für diskriminierungsfreie Prüfungen, die interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit wertschätzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Definition der Migrant_innen als Zielgruppe in der Sozialgesetzgebung Menschen mit Migrationshintergrund sollten aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt als besonders zu fördernden Zielgruppe im § 1 des SGB II aufgenommen werden. Denn erst wenn die Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe definiert und in die Sozialgesetzgebung als solche mit aufgenommen werden, kann auch eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation erreicht werden. Dieses Problem wäre mit der verbindlichen Einführung der anonymisierten Bewerbung in den allermeisten Fällen erledigt.
--	--	---	--	--	--	--

				<p>ausländischen Abschlüsse nicht hinreichend anerkannt werden. Mit dem Bundesanerkennungsgesetz von 2012 und der Umsetzung der dazugehörigen Landes- und Bundesanerkennungsgesetze ist zwar ein erster Schritt für ihre Integration in den Arbeitsmarkt gemacht worden. Dem müssen aber weitere folgen. Der Prozess der Anerkennung wird bislang nicht bis zum Ende gedacht, sondern bleibt auf halber Strecke stehen. Da das Anerkennungsverfahren in vielen Fällen eben nicht mit einer vollwertigen Anerkennung endet, müssen oft Nachqualifizierungen durchgeführt werden. All diejenigen, die einen Teilanerkennungsbescheid erhalten, müssen Weiterbildungsmaßnahmen absolvieren, um eine formale Anerkennung ihres Berufsabschlusses zu erlangen. Es gibt aber weder ein flächendeckendes Angebot passgenauer Weiterbildungsmaßnahmen, noch ist die Finanzierung und Förderung der bestehenden Qualifizierungsangebote gesichert.</p> <p>Neben dem fehlenden Angebot stellen die Kosten die größte Hürde dar: neben den Übersetzungs- und Verfahrenskosten entstehen in der Nachqualifizierung Kosten für Weiterbildungslehrgänge, Anreise, Prüfungsvorbereitung sowie Lebenserhaltung – Kosten, die für viele Menschen nicht tragbar sind.</p> <p>Um Fachkräften mit im</p>	<p>- Diversitykonzepte /Antidiskriminierungskonzepte in Betrieben Betriebe sollten für die Problematik der Diskriminierung sensibilisiert werden. In Betrieben müssen Diversity- und Antidiskriminierungskonzepte eingeführt werden. Die Betriebe sollten unterstützt werden, diese Konzepte umzusetzen und dabei begleitet werden.</p> <p>Antidiskriminierung soll auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Gegen Diskriminierungen sind gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Statt einseitig bei Verhalten und Befähigungen der Benachteiligten anzusetzen, müssen diskriminierende Strukturen aufgedeckt, reflektiert und wirksam bekämpft werden.</p> <p>- Ausbau von besonderen Qualifizierungsangeboten Arbeitsmarktstrukturen sind bereits vorgegeben: Arbeitsplätze werden vor allem im Dienstleistungsbereich entstehen. Der bereits vorhandene Fachkräftebedarf in diesem Bereich wird in den nächsten Jahren wachsen. Für den Wettbewerb in diesem Bereich sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausreichend „ausgerüstet“. Aus diesem Grund müssen die Qualifizierungsangebote mit berufsbezogenen Sprachmodulen ausgebaut werden. Von Maßnahmenangebotsseite müssen dabei größere Anstrengungen unternommen werden. Dabei sollten die Fördermaßnahmen und die</p>
--	--	--	--	--	---

				<p>Ausland erworbenen Berufsqualifikationen gerecht zu werden, brauchen wir flankierende Förder- und Beratungsmaßnahmen, eine gemeinsame Anerkennungskultur der Länder und eine flächendeckende Nachqualifizierungsstruktur. Sinnvoll sind Stipendienprogramme nach Hamburger Vorbild, die den gesamten Anerkennungsprozess inklusive der Nachqualifizierung abdecken. Außerdem muss das Anerkennungsverfahren endlich für alle akademischen Berufe geöffnet werden. Nur in Zusammenarbeit von Bund und Ländern kann das Anerkennungsverfahren in Deutschland seinen Beitrag zu einer echten Willkommenskultur leisten.</p> <p>Da manche Menschen mit Migrationshintergrund Probleme haben, Duplikate ihrer Abschlusszeugnisse ausstellen zu lassen, sollten Kompetenzfeststellungsverfahren entwickelt werden. Dies wäre auch der richtige Schritt, um später den Weg für die Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen zu öffnen. Seit Einführung des Anerkennungsgesetzes wird bei der Überprüfung der Gleichwertigkeit der Qualifikation auch die Berufserfahrung berücksichtigt; ein Abschlusszeugnis ist dabei nicht zwingend erforderlich. Im Übrigen stimmen wir zu, dass Berufserfahrung mit oder ohne nachweisbare Zeugnisse in Deutschland</p>		<p>Weiterbildungsprogramme auf konkrete Defizitlagen abgestimmt werden.</p>
--	--	--	--	--	--	---

				<p>bewertet und zertifiziert werden muss.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Definition der Migrant_innen als Zielgruppe in der Sozialgesetzgebung Wir sind der Auffassung, dass die Arbeitsförderung einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt leisten muss. Die durchschnittliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ist für Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher als in der Gesamtheit aller Erwerbspersonen. Die Beseitigung von migrationsspezifischen Nachteilen am Arbeitsmarkt sollte deshalb zu den ausdrücklichen Zielen in den jeweiligen § 1 des SGB II und des SGB III hinzugefügt werden. Allerdings müssen die Agenturen und Jobcenter auch in der Lage sein, diese Zielsetzung praktisch umzusetzen. Deshalb ist es unserer Auffassung nach mindestens genauso wichtig, dass es unter den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genügend Menschen mit Migrationshintergrund gibt und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausreichend interkulturelle Kompetenz sowie Kenntnis über migrationsspezifische Problemlagen und Förderbedarfe haben. Eine passende individuelle Beratung und Förderung ist der beste Garant für eine effektive und nachhaltige Eingliederung in Beschäftigung. 	
--	--	--	--	---	--

				<ul style="list-style-type: none"> • Diversitykonzepte / Antidiskriminierungskonzepte in Betrieben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen es, dass sich Antidiskriminierungskultur in deutschen Unternehmen immer mehr etabliert. Es gibt bisher freiwillige Instrumente, wonach sich Unternehmen beispielsweise zur „diversity management“ selbstverpflichten. Ein Beispiel davon ist die Charta der Vielfalt, die den Charakter einer freiwilligen Verpflichtung der Arbeitgeber hat und ein Arbeitsumfeld schaffen soll, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzung ist. Dennoch ist Diskriminierung in den Betrieben immer noch weit verbreitet. Wir unterstützen die Einführung von Diversity- und Antidiskriminierungskonzepten. Hier muss die Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell und personell besser ausgestattet werden, um Betriebe stärker beraten und unterstützen zu können. • Ausbau von besonderen Qualifizierungsangeboten Die Agenturen und Jobcenter müssen allen Erwerbslosen Zugänge zu passenden Qualifizierungen, Förderangeboten, Umschulungs- und Ausbildungsangeboten eröffnen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Ausgleich migrationspezifischer Nachteile. <p>Die von Rot-Grün eingeführten, berufsbezogenen Sprachkurse für Personen mit Migrationshintergrund</p>	
--	--	--	--	---	--

				haben sich bewährt. Wir wollen nun dieses bislang immer nur über den Europäischen Sozialfonds (ESF) zeitlich befristete Förderprogramm in die Regelförderung des SGB II und des SGB III aufnehmen.		
TGD	CDU / CSU	SPD	FDP	Bü90/Die Grünen	Die Linke	Piraten
(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft	(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft	(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft	(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft	(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft	(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft	(7) Senioren nichtdeutscher Herkunft
<p>Es handelt sich hierbei um eine Bevölkerungsgruppe, deren Lebensbiographie durch die Arbeitsmigration gezeichnet ist und deren Sozialisation in der Kindheit, Jugend bis hin zum Erwachsenenalter in einem anderen Land stattgefunden hat; zwei Charakteristika, die das Altern der MigrantInnen beeinflussen und die spezifischen Aspekte ihres Alterns darstellen.</p> <p>Es ist eine Aufgabe der Politik die Zielgruppe der älteren Migrant_innen in ihrem Prozess des Älterwerdens und in der Entscheidung, wo sie ihren Lebensabend verbringen möchten, zu unterstützen. Es sollten vielseitigere Maßnahmen gefördert werden, die auf die unterschiedlichsten Lebenssituationen und Bedürfnissen der älteren Migrant_innen ausgerichtet sind:</p> <p>Hierfür ist es notwendig, dass diese Maßnahmen sowohl muttersprachliche und kulturspezifische, als auch an der Biographie und dem sozialen Status unterschiedlicher</p>	<p>CDU und CSU wollen den Bereich der kultursensiblen Pflege weiter ausbauen. Wir brauchen mehr Pflegerinnen und Pfleger, die die Fähigkeiten mitbringen, andere Pflegenden zu den kulturell-religiösen Besonderheiten zu schulen.</p> <p>In Bezug auf die Pflege im Ausland wollen wir einheimische und Pflegebedürftige mit Zuwanderungsgeschichte nicht unterschiedlich behandeln. Daher sehen wir dort momentan keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.</p>	<p>Der Bedarf an interkultureller Gesundheitsförderung, insbesondere im Alter, und gruppenspezifischen Angeboten im Gesundheitssystem steigt. Daher fordert unsere Fraktion im Bundestag, die gesundheitliche Aufklärung zielgruppenspezifisch zu verbessern, um die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu erhöhen und Zugangsbarrieren zu Gesundheitsdiensten zu verringern (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13483).</p> <p>Wir wollen, dass medizinisches Fachpersonal interkulturelle Schulung erhalten kann, um auf Sensibilitäten und Besonderheiten von Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund eingehen zu können. Deshalb soll gegenüber den Bundesländern darauf hingewirkt werden, dass je nach lokalem Bedarf ausreichende Fortbildungsangebote für den Erwerb interkultureller Kompetenzen zur Verfügung</p>	<p>Die FDP spricht sich dafür aus, die interkulturelle Öffnung sozialer Dienste im Bereich der Altenhilfe voranzubringen. Dazu gehört auch, die kulturell und religiös bedingten besonderen Ansprüche angemessen aufzugreifen. Dies beginnt schon damit, dass in Alteinrichtungen oder beim "Essen auf Rädern" Gerichte angeboten werden, die unterschiedlichen religiösen Vorschriften gerecht werden.</p> <p>Im Gesundheitswesen, als Bereich, der gerade im Alter an Bedeutung gewinnt, sollten die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund besser berücksichtigt werden. Dazu gehört das Überwinden der Sprachbarrieren, aber auch eine Sensibilisierung für kulturelle und religiöse Gegebenheiten.</p>	<p>Unsere Gesellschaft ist vielfältig und so auch die hier lebenden Seniorinnen und Senioren. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten – dieser Befund ist nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung eindeutig – wird der Anteil von älteren Menschen mit einem Migrationshintergrund deutlich steigen.</p> <p>Unserem grünen Inklusionsansatz entsprechend, wollen wir unsere gesellschaftlichen Institutionen kompetent machen im Umgang mit Vielfalt. Dies gilt auch und gerade für die Bereiche soziale Sicherung, Gesundheit und Pflege.</p> <p>Und glücklicherweise hat sich auch schon viel getan, seit die damalige grüne Bundesregierung, Marieluise Beck, im Jahre 2002 das „Memorandum für kultursensible Altenpflege“ mit initiiert hat. Generell ist bei der Arbeit für und mit älteren Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur ein kultursensibler Grundansatz erforderlich. Wer immer auch in diesem</p>	<p>Die TGD macht zu Recht auf einen Politikbereich mit wachsender politischer Bedeutung aufmerksam. Wir unterstützen die zahlreichen Vorschläge zur Verbesserung der Situation älterer Menschen mit Migrationshintergrund. Wir treten ein für einen gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen. Dabei muss selbstverständlich auf Besonderheiten und Bedürfnisse, die sich aus der kulturellen Herkunft oder Religion einer Person ergeben können, besonders eingegangen werden. Fachkundige, vernetzte und auch muttersprachliche Beratungsangebote sind ebenso wichtig wie die Entwicklung neuer Betreuungsmodelle und Angebote, sei es in Deutschland, sei es im Herkunftsland.</p> <p>Migrantinnen und Migranten haben ein deutlich höheres Risiko der Altersarmut, z.B. wenn sie später ins Land gekommen sind und deshalb keine</p>	<p>Es handelt sich hierbei um eine Bevölkerungsgruppe, deren Lebensbiographie durch die Arbeitsmigration gezeichnet ist und deren Sozialisation in der Kindheit, Jugend bis hin zum Erwachsenenalter in einem anderen Land stattgefunden hat; zwei Charakteristika, die das Altern der Migrant_innen beeinflussen und die spezifischen Aspekte ihres Alterns darstellen.</p> <p>Es ist eine Aufgabe der Politik die Zielgruppe der älteren Migrant_innen in ihrem Prozess des Älterwerdens und in der Entscheidung, wo sie ihren Lebensabend verbringen möchten, zu unterstützen. Es sollten vielseitigere Maßnahmen gefördert werden, die auf die unterschiedlichsten Lebenssituationen und Bedürfnissen der älteren Migrant_innen ausgerichtet sind:</p> <p>- Hierfür ist es notwendig, dass diese Maßnahmen sowohl muttersprachliche und kulturspezifische, als auch an der Biographie und dem sozialen Status unterschiedlicher</p>

<p>Migrantengruppen spezifisch orientierte Angebote beinhalten.</p> <p>Die Errichtung von zentralen Beratungsstellen, die diesen Personenkreis zu den unterschiedlichsten Themen rund ums Alter beraten, ist notwendig. Diese Beratungen sollten Hilfestellungen in finanziellen, gesundheitlichen und rechtlichen Belangen beinhalten.</p> <p>Sinnvoll wäre hier eine Vernetzung der Beratungsstellen mit Migrantenorganisationen und Einrichtungen der Altenhilfe. Auf diese Weise wäre es möglich die speziellen Bedürfnisse dieser Menschen in Erfahrung zu bringen, sie an die entsprechenden Beratungsstellen und Institutionen weiter zu vermitteln und gezielte Maßnahmen mit bedürfnisorientierten Angeboten zu entwickeln.</p> <p>Für die älteren Migrant_innen, welche in ihrer „alten“ Heimat ihren Ruhestand verbringen möchten, sind in Kooperationen mit den Pflegeeinrichtungen in der Türkei spezifische Angebote für die Zielgruppe zu entwickeln. Das würde keine zwangsläufige Kostenerhöhung für die Versorgungssysteme bedeuten. Aufgrund von günstigeren Dienstleistungen in der Türkei ist eher mit einer Kostenreduzierung zu rechnen.</p>		<p>stehen. Wir fordern eine Verbesserung der Datenlage in der spezifischen Versorgungsforschung, da generell ein Mangel an belastbaren Daten zur gesundheitlichen Lage von Menschen mit Migrationshintergrund herrscht.</p>		<p>Bereich tätig ist, wird berücksichtigen müssen, dass diese Menschen (und hierbei wieder einmal deutlich mehr Frauen) signifikant häufiger von den unterschiedlichen Formen der Altersarmut betroffen sind.</p> <p>Im Hinblick auf die von der TGD aufgeführten Forderungen nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zielgruppenspezifische (Beratungs-) Angebote und deren Vernetzung (u. a. auch mit Migrantenorganisationen und Einrichtungen der Altenhilfe): Diese Angebote gibt es inzwischen in vielen Städten und Gemeinden. Dies ist vorrangig eine Aufgabe der hierfür zuständigen Länder und Kommunen. Der Bund kann und sollte hier unterstützend tätig werden, wo dies rechtlich zulässig ist. • Interkulturelle und kultursensible Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen: Auch hier hat sich in den letzten Jahren viel getan, sowohl in den öffentlichen Institutionen, als insbesondere auch im Hinblick auf die inzwischen zahlreichen, oftmals kleinen, privaten kultursensiblen Pflegedienstleister. Dem Inklusionsgedanken folgenden legen wir Wert darauf, dass interkulturelle Kompetenz Ausbildungsziel für <i>alle</i> Beschäftigten sein sollte – damit dieses Thema nicht (nur) an die Beschäftigten delegiert wird, die über einen Migrationshintergrund verfügen. • Unterstützung, wenn ältere MigrantInnen ihren 	<p>geschlossene Rentenbiografie haben, oder weil sie häufiger erwerbslos oder im Niedriglohnsektor beschäftigt waren. DIE LINKE will in der Rentenpolitik gerade auch für diese Gruppen etwas tun und fordert eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto, mit der zu geringe Rentenansprüche aufgestockt werden.</p>	<p>Migrantengruppen spezifisch orientierte Angebote beinhalten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Errichtung von zentralen Beratungsstellen, die diesen Personenkreis zu den unterschiedlichsten Themen rund ums Alter beraten, ist notwendig. Diese Beratungen sollten Hilfestellungen in finanziellen, gesundheitlichen und rechtlichen Belangen beinhalten. - Sinnvoll wäre hier eine Vernetzung der Beratungsstellen mit Migrantenorganisationen und Einrichtungen der Altenhilfe. Auf diese Weise wäre es möglich die speziellen Bedürfnisse dieser Menschen in Erfahrung zu bringen, sie an die entsprechenden Beratungsstellen und Institutionen weiter zu vermitteln und gezielte Maßnahmen mit bedürfnisorientierten Angeboten zu entwickeln. - Für die älteren Migrant_innen, welche in ihrer „alten“ Heimat ihren Ruhestand verbringen möchten, sind in Kooperationen mit den Pflegeeinrichtungen in der Türkei spezifische Angebote für die Zielgruppe zu entwickeln. Das würde keine zwangsläufige Kostenerhöhung für die Versorgungssysteme bedeuten. Aufgrund von günstigeren Dienstleistungen in der Türkei ist eher mit einer Kostenreduzierung zu rechnen. - Für die Realisierung der aufgezählten Vorschläge
---	--	---	--	--	---	--

<p>Für die Realisierung der aufgezählten Vorschläge ist die finanzielle und institutionelle Absicherung von Zeiten, Aufgaben und Strukturen notwendig. Die für diesen Prozess notwendigen Ressourcen sind als anerkannter Aufwand der Versorgungssysteme in die Regelfinanzierung zusätzlich aufzunehmen.</p> <p>Die Ausbildung der Medizinberufe sollten um interkulturelle und kultursensible Schulungen ergänzt und Anteil der Fachkräfte mit Migrationshintergrund und Fremdsprachenkenntnissen erhöht werden.</p>				<p>Ruhestand in ihrer „alten“ Heimat verbringen möchten: Wir GRÜNE halten es grundsätzlich für unterstützenswert, wenn Menschen in verschiedenen Kulturen leben möchten. Wir wollen es MigrantInnen über eine entsprechende Änderung im Aufenthaltsgesetz daher z. B: ermöglichen, mindestens bis zu zwei Jahren im Ausland leben zu können, ohne dass dies zum Verlust ihres Aufenthaltsstatus in Deutschland führt. Gleichzeitig wollen wir Möglichkeiten einer effektiveren und umfassenderen Portabilität von Sozialleistungen und Rentenansprüchen von Migrantinnen und Migranten in ihr Herkunftsland prüfen (vgl. BT- Drs. 17/13555).</p>		<p>ist die finanzielle und institutionelle Absicherung von Zeiten, Aufgaben und Strukturen notwendig. Die für diesen Prozess notwendigen Ressourcen sind als anerkannter Aufwand der Versorgungssysteme in die Regelfinanzierung zusätzlich aufzunehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Ausbildung der Medizinberufe sollten um interkulturelle und kultursensible Schulungen ergänzt und Anteil der Fachkräfte mit Migrationshintergrund und Fremdsprachenkenntnissen erhöht werden. <p>Das unterstützen wir: Wir sind für Selbstbestimmung und Teilhabe.</p>
--	--	--	--	--	--	---